Nummer 9 Hamburg, 28. Februar 1931 43. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₰ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₰, für Versammlungsanzeigen 50 ₰ die Zeile.

Die Bautätigkeit im Jahre 1930

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im Februarheft von „Wirtschaft und Statistik" ein Teilergebnis der Erhebungen über die Bautätigkeit des Jahres 1930. In großen Schlagzeilen berichtet nun die bürgerliche Presse, daß die Wohnungsbautätigkeit des Jahres 1930 die der Vorjahre weit übertreffe. Was ist nun Tatsache? Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Statistiken sind 1930 allein in den deutschen Groß- und Mittelstädten 162 000 Neuwohnungen erstellt worden — das bis jetzt höchste Jahresergebnis der Nachkriegszeit, das sogar die schon bedeutende Leistung von 1929 um 13 %, die von 1928 um 27 % übertraf. In den Städten mit über 50 000 Einwohnern sind demnach seit 1919 insgesamt 965 000 Wohnungen neuerbaut worden, denen 31 000 Wohnungen als Abgang gegenüberstehen.

Mit den vorerwähnten Zahlen kann man jedoch noch nicht den Umfang der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1930 beweisen und gar den Schluß daraus ziehen, daß die Wohnungsbautätigkeit gegenüber den Vorjahren gewaltig gesteigert worden sei. Die Dinge liegen doch anders. Schon die abnorm hohen Erwerbslosenziffern der Bauarbeiter lassen den Schluß zu, daß die Bautätigkeit im Jahre 1930 erheblich geringer gewesen sein muß, als das bei oberflächlicher Betrachtung der Zahlen über die Bautätigkeit zunächst in Erscheinung treten mag. Es darf nicht vergessen werden, daß wir in das Baujahr 1930 mit einem sogenannten „Ueberhang" an bereits im Jahre 1929 begonnenen Wohnungen eintraten. Es waren rund 104 000 Wohnungen, die als Ueberhang in das Baujahr 1930 übernommen wurden. Die meisten dieser Wohnbauten waren im Rohbau schon teilweise im Jahre 1929 fertig; nur der Innenausbau wurde 1930 vollendet. Durch den außerordentlich großen Umfang des Ueberhangs aus dem Jahre 1929 ist der groteske Zustand eingetreten, daß die Summe der erstellten Wohnungen zwar bedeutend größer, die Arbeitsmöglichkeit für alle baugewerblichen Arbeiter im Jahre 1930 jedoch wesentlich geringer geworden ist.

Noch ein weiteres Moment muß berücksichtigt werden. Während in den eingangs erwähnten Zahlen lediglich die Bautätigkeit in den Groß- und Mittelstädten zum Ausdruck kamen, verschiebt sich das Bild bereits sehr stark, wenn man in den Kreis der Beobachtung die sämtlichen Städte bis zu 10 000 Einwohnern abwärts rückt. In sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wurden nämlich 1930 197 000 Wohnungen fertiggestellt, gegen 195 000 im Vorjahre. Die Steigerung ist alsdann etwa nur noch 1 %. Das zeigt, wie wenig schlüssig eine Statistik bleiben muß, die sich nur auf die Bautätigkeit in den Groß- und Mittelstädten stützt. Das Bild sieht also wesentlich anders aus wie das immer wieder in der bürgerlichen Presse dargestellt wird. Wenn wir den Ueberhang von 1929 abziehen, dann ergibt sich, was jedem Bauarbeiter schon während des Jahres 1930 klar geworden ist: Die Bautätigkeit war erheblich geringer als im Jahre 1930. Erst wenn der Umfang der gesamten Bautätigkeit des Jahres 1930 zu überschauen ist, wird sich zeigen, daß unsere Feststellungen richtig sind.

Betrachten wir nun das Ergebnis der bis jetzt vorliegenden statistischen Uebersicht über das vorläufige Ergebnis der Bautätigkeit in den deutschen Großstädten.

Besonders bemerkenswert für das vergangene Baujahr ist die relativ gleichmäßige Verteilung der Bauleistung auf die einzelnen Vierteljahre, während in früheren Jahren erst gegen Jahreswende die stärkste Leistung in den Bauvollendungen erreicht wurde. Das erklärt sich wohl einerseits aus der Uebernahme zahlreicher unvollendeter Bauten aus dem Vorjahr, die in den ersten Monaten die Beschäftigung sicherten, anderseits aus den zunehmenden Schwierigkeiten der Finanzierung im Laufe des Jahres, die eine Inangriffnahme neuer Bauten in der zweiten Jahreshälfte in wachsendem Maße behinderten. Art und Größe der erstellten Bauten zeigt die folgende Tabelle:

Bauvollendungen	1930	1929	1928
Wohngebäude [1])	33 211	32 122	31 680
Wohnungen [1])	161 961	142 642	127 901
Oeffentl. Gebäude [2])	6 231	3 555	—
Gewerbl. Gebäude [2])	12 518	13 354	—

[1]) in 96 Städten, [2]) in 100 cbm umbauten Raums in 91 Städten.

Die Tendenz zum Bau größerer Einheiten hat angehalten. Von 100 Wohnhäusern entfielen auf Mehrfamilienhäuser 1930 73, 1929 69, 1928 64, 1927 61. Im Durchschnitt entfielen in den beobachteten Groß- und Mittelstädten auf ein neues Wohngebäude 1930 4.9, 1929 4.4, 1928 4.0 Wohnungen. Deren Zahl ist seit 1924 stetig im Wachsen. Die Wohnungsgröße dagegen ist, gemessen an der Zahl der Räume, stetig gesunken, da die Nachfrage nach kleineren und billigen Wohnungen relativ am wenigstens befriedigt ist. Der Anteil der Kleinwohnungen nahm daher ständig zu.

Von 100 Wohnungen entfielen auf:	1927	1928	1929	1930
Kleinwohnungen (1—3 Z.)	34,2	35,6	43,0	49,4
Mittelwohnungen (4—6 Z.)	62,6	60,4	53,8	48,2
Großwohnungen (über 6 Z.)	3,2	4,0	3,2	2,4

Mit der fortschreitenden Verkleinerung der Wohnungen ging eine Zunahme der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel Hand in Hand; 88.2 % sämtlicher erstellten Wohnungen wurden mit Hilfe öffentlicher Mittel gebaut, gegen 86.8 1929 und 86.1 1928. Eine Uebersicht über die Gesamtbautätigkeit, das heißt eingeholte Bauerlaubnisse, tatsächliche Baubeginne und Bauvollendungen allein in den Groß- und Mittelstädten gibt die folgende Uebersicht. Neben dem Wohnungsbau hat auch die öffentliche Bautätigkeit, das heißt also die der Behörden und ähnlicher Organisationen 1930, trotz der schon zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten, eine Ausdehnung erfahren. Der erstellte Raum ist von 3.56 auf 6.23 Millionen cbm, das heißt um 75 % gewachsen. — Ueberraschend klein ist die Einbuße, die der gewerbliche Raum trotz der schweren Krise 1930 erfahren hat. An bebautem Raum wurden 12.52 (13.35) Millionen cbm erstellt, was einer Abnahme von 6 % entspricht. Da nicht anzunehmen ist, daß im vergangenen Jahre nach erhebliche Neubauten gewerblicher Art in Angriff genommen wurden, kann sich der Hauptteil dieser Bauten nur aus Fertigstellungen herleiten; aber selbst dann scheint die Abnahme noch verhältnismäßig gering und im einzelnen aufklärungsbedürftig.

1929—1930	Bauerlaubnisse		Baubeginne		Bauvollendungen		
	Wohngeb.	Wohnungen	Wohngeb.	Wohnungen	Nicht-Wohng.	Wohngeb.	Wohnungen
I. Quart.	5 798	25 869	2 311	10 432	1 296	4 906	20 784
II. „	10 670	46 955	10 262	48 132	1 386	4 840	22 371
III. „	11 404	53 775	9 718	45 524	1 620	8 006	36 617
IV. „	7 171	32 696	5 683	25 956	2 292	12 970	57 257
1929 insg.	35 300	159 517	28 102	130 510	6 601	30 714	136 780
I. Quart.	4 345	18 333	3 134	15 318	2 244	9 217	43 678
II. „	7 399	31 573	7 194	31 064	2 002	7 592	38 343
III. „	8 513	41 558	7 847	39 637	1 712	7 720	38 172
V. „	6 535	32 912	5 622	31 025	1 971	8 648	41 559
1930 insg.	26 842	124 471	23 848	117 215	7 939	33 241	151 961

Von den Einzelstaaten liegen zunächst nur für Preußen umfassende Abschlußziffern vor. Danach wurden im Kalenderjahr 1930 193 200 Wohnungen erstellt gegen 198 500 im Vorjahre. Hier ergibt sich also bereits ein kleiner Rückgang; es ist anzunehmen, daß die endgültige Statistik für das Deutsche Reich noch einen stärkeren Rückgang aufweisen wird. Für die neue Bausaison 1931 von Bedeutung ist die Schrumpfung des Ueberhanges, der auf 94 900 (104 400) zurückgegangen ist.

Infolge stärkerer Anwendung von genormten Bauteilen, neuer Arbeitsmethoden und der Anwendung von Arbeitsmaschinen bei der Bauproduktion hat sich die Arbeitsmöglichkeit im Baugewerbe im Jahre 1930 weiter verringert.

Funktionärschulung in unserm Verband

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage wurde die planmäßige Schulung der Verbandsfunktionäre fortgesetzt. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression und politischer Erschütterungen ist die systematische Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre dringend notwendig. Diese Gedanken waren auch für den Zentralvorstand bestimmend, als er beschloß, die Schulung der Verbandsfunktionäre in diesem Winterhalbjahr fortzusetzen. Seit dem Jahre 1928 haben insgesamt 18 Wochenkurse stattgefunden, die von 775 Verbandskameraden besucht waren. Wenn man noch hinzurechnet, daß im Jahre 1930 40 ehrenamtlich tätige Funktionäre den Vierwochenkursus des Verbandes in der Bundesschule in Bernau besucht haben, so ergibt sich, daß insgesamt 815 Verbandsfunktionäre systematisch geschult wurden. Diese Tatsache zeigt, daß der Verband erhebliche Mittel aufwendet, um den ehrenamtlich tätigen Verbandsfunktionären in kleinen und mittleren Zahlstellen bei der Durchführung ihrer schweren Arbeit behilflich zu sein und ihnen in den Kursen jenes geistige Rüstzeug zu geben, das im gewerkschaftlichen Tageskampf gebraucht wird.

Die Folgen einer systematischen Schulungsarbeit machen sich in einer größeren Stabilität unserer Bewegung, sowie in der reibungslosen Durchführung der gesamten Verbandsarbeit bemerkbar. Gewiß müssen wir auf diesem Gebiet noch eine Fülle von Arbeit leisten. Immerhin haben wir durch die planmäßige Schulung der Funktionäre schon außerordentlich viel erreicht. Diese systematische Schulungsarbeit soll auch in Zukunft fortgesetzt werden. In den letzten Monaten wurden wieder vier Wochenkurse für ehrenamtlich tätige Verbandsfunktionäre abgehalten.

Der 15. Kursus fand im Osten des Verbandsgebietes statt. Ein für unsere Schulungszwecke sehr geeignetes Lokal, die „Georgenquelle" in Bad Landeck in Schlesien stand uns für die Abhaltung des Kursus zur Verfügung. Die Kameraden aus den Gauen Ost- und Westsachsen und Schlesien nahmen daran teil. Der von 31 Kameraden besuchte Kursus fand in der Zeit vom 23. bis 29. November 1930 statt. Hören wir, was ein Teilnehmer an diesem Kursus dem Zentralvorstand berichtet:

„Meine persönliche Meinung ist dahingehend, daß die Einführung der Kurse gut und zweckmäßig ist. Die Vorträge waren lehrreich und interessant. Auch die Vortragsweise war für jeden sehr verständlich, doch für den vielen Stoff war die Zeit etwas kurz. Doch nach meiner Meinung genügt es; denn das Wichtigste hat man auffassen können. Sehr interessant waren auch die Lichtbildervorträge sowie die Erklärung auf der Tafel. An Hand von Beispielen kann man ja alles am besten fassen und verstehen."

Der 16. Schulungskursus wurde von 37 Verbandskameraden aus den Gauen Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover, Rheinland-Westfalen und Mecklenburg besucht und fand in der Zeit vom 7. bis 13. Dezember 1930 im Eisenbahnerheim „Frische Quelle" bei Detmold statt. Wir geben nachfolgend die Eindrücke wieder, die uns ein Teilnehmer zur Verfügung gestellt hat: „Als ich am Sonntag, 17. Dezember, meine Zahlstelle für acht Tage verließ, ahnte ich noch nichts von dem, was uns geboten wurde. So hatte ich mir den Kursus nicht vorgestellt. Wohl war ich gefaßt auf allerlei Belehrendes, doch was geboten wurde, überstieg meine Erwartungen. Die Vorträge wurden in verständlicher Weise gehalten, so daß jeder Kamerad folgen konnte. Große Freude löste es aus, daß die im Lehrplan vorgesehene Stundenzahl überschritten wurde. Alle Teilnehmer waren begeistert von dem Kursus. Das trifft nicht nur für den gebotenen Lehrstoff und die Methoden des Unterrichts zu; es gilt auch für die vorzügliche Unterkunft und Verpflegung."

Der 17. Kursus, an dem die Kameraden aus den Gauen Pommern, Ostpreußen, Brandenburg und Mecklenburg teilnahmen, fand in der Zeit vom 11. bis 17. Januar 1931 in der Bundesschule des ADGB. in Bernau bei Berlin statt. An dieser Veranstaltung nahmen 39 Verbandskameraden teil. Hören wir, was ein Teilnehmer neben vielen andern über den Kursus zu berichten weiß: „Als Teilnehmer an dem achttägigen Funktionärschulungskursus unseres Zentralverbandes in Bernau vom 11. bis 17. Januar dieses Jahres habe ich mit Genugtuung feststellen müssen, daß die freigewerkschaftlichen Organisationen, zusammengeschlossen im ADGB.,

mit der Errichtung von Bundesschulen etwas Großes, Ertragreiches geschaffen haben! Baustil der Bundesschule, Einrichtung und Verpflegung in derselben sind so gehalten, daß sich jeder Funktionärschüler heimisch fühlen muß, zumal Kameradschaft und Kollegialität gepflegt werden. Der gebotene Lehrstoff war für die kurze Dauer des Kursus reichhaltig, für den aufmerksamen Schüler aber sehr interessant und lehrreich. Um die großen Gebiete der sozialen Gesetzgebung, des gesamten Verbandswesens und die in das Wirtschaftsleben einschneidenden Gebiete tiefer und eingehender kennenzulernen, wäre es zu begrüßen, wenn die Funktionärschulungskurse auf längere Zeit ausgedehnt werden könnten. Schon durch den achttägigen Kursus habe ich viel Wissenswertes und Lehrreiches mit auf den Weg bekommen. Durch die bei dem Kursus übergebene Literatur ist uns Gelegenheit gegeben, tiefer in die Einzelheiten einzudringen, um weitestgehende Aufklärungs- und Agitationsarbeit für unsern Verband zu leisten. Ich kann mich somit befriedigend über die Einführung der Funktionärschulungskurse aussprechen, die dazu beitragen, unsern Verband weiter auszubauen und zu befestigen."

Für den 18. Kursus war die „Emmershäuser Mühle", das Heim der Frankfurter Arbeiterschaft im Taunus, ausgewählt worden. An diesem Kursus nahmen die Kameraden aus den Gauen Hessen, Baden, Württemberg, Nord- und Südbayern sowie Thüringen teil. Der genannte Kursus zeigte die stärkste Beteiligung; insgesamt nahmen 50 Kameraden daran teil. Wir lassen auch hier wieder einen Teilnehmer über seine Eindrücke berichten: „Während des Kursus selbst sowie während der Heimfahrt und zu Hause bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kurse ohne Zweifel für den größten Teil, man darf wohl sagen für alle Teilnehmer, von großem Vorteil waren. Schon insofern, als man die meisten Mitglieder des Zentralvorstandes persönlich kennenlernte und umgekehrt. Zweitens, daß die Kameraden aus einer Reihe ziemlich weit entfernter Zahlstellen sich gegenseitig kennenlernten und sich überzeugen konnten, daß wir alle an einem Strang ziehen. Für die Kameraden waren die Vorträge von der größten Bedeutung, vorausgesetzt, daß sie die Geschichte des Verbandes schon gründlich gelesen hatten. Sehr interessant waren alle Vorträge und auch sehr lehrreich. Kurz gesagt, wer den Willen hatte mitzuarbeiten, der hat sehr viel mit nach Hause gebracht, und das war ja doch der Zweck der Uebung. Es ist nur schade, daß gegenwärtig die Kameraden, die Aufklärung notwendig hätten, nicht in eine Versammlung zu bringen sind. Man muß schon dazu übergehen, die Leute am Arbeitsamt, oder wo man sie sonst trifft, zu bearbeiten."

Der Lehrstoff und die Unterrichtsmethoden waren die gleichen wie im Winterhalbjahr 1929/30. Nachfolgende Themen wurden behandelt: Einführung in die Geschichte der Gewerkschaften. — Die Geschichte unseres Verbandes. — Agitations- und Organisationsfragen. — Grundfragen der Gewerkschaftspolitik. — Aufbau und Gliederung des Verbandes, Verbandsstatistik. — Aufgaben der Bau- und Platzdelegierten. — Volkswirtschaftslehre. — Unfallverhütung und Bauarbeiterschutz. — Der Tarifvertrag für das Baugewerbe. — Die tariflichen Schlichtungsinstanzen. — Arbeitsrecht. — Der Tarifvertrag in rechtlicher Hinsicht. — Sozialversicherung und Sozialpolitik. — Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. — Kassenwesen des Verbandes. — Lichtbildervorträge: Werden und Wirken des Verbandes. — Täglich wurde die Zeit nach der Mittagspause ausgefüllt mit einer Arbeitsstunde. Die Arbeitsstunde diente der Aussprache und der Anfertigung schriftlicher Arbeiten. In einigen Fällen mußte davon abgesehen werden, weil die zu behandelnden Themen in der vorgesehenen Zeit nicht restlos behandelt werden konnten.

Als Referenten wirkten die Kameraden Wolgast, Melzer, Römer, Schumann, Fischer, Mack und Sauer vom Zentralvorstand mit. Darüber hinaus waren noch nachfolgende Referenten zur Behandlung von Spezialgebieten tätig: Kollege Sachs vom Vorstand des ADGB. und außerdem Kamerad Grötzner, Bezirksleiter des ADGB. für Hessen. Nach Beendigung der Kurse wurden die Teilnehmer aufgefordert, sich nochmals über den Verlauf des Kursus kritisch zu äußern. Die Zuschriften bestätigen, was wir schon vorher erwähnten, daß die Veranstaltungen für den Verband außerordentlich wertvoll gewesen sind.

Die Unfallversicherung im Jahre 1929

Die schlechte Wirtschaftslage sowie das in ihrem Gefolge eingetretene Ansteigen der öffentlichen Aufwendungen haben auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung die Forderung nach weitgehendster Sparsamkeit veranlaßt. Zu den lautesten Rufern nach Sparsamkeit gehören hierbeit die Unternehmer. Ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß den erhobenen Sparsamkeitsforderungen in erheblichem Umfange Rechnung getragen wurde, wobei man jedoch nicht sagen kann, daß die in dieser Hinsicht durchgeführten Maßnahmen sich als wirtschaftlich zweckmäßig erwiesen hätten. Insbesondere trifft dies für den eingeleiteten Lohn- und Gehaltsabbau sowie für die zum Teil rigorosen Eingriffe in die Sozialversicherungsgesetzgebung zu. Man ist dabei nahezu systemlos, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen vorgegangen mit dem Ergebnis, daß bis jetzt noch keinerlei Anzeichen einer beginnenden Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Erscheinung traten. Wohl wurde erreicht, daß die Löhne, Gehälter und die sozialen Leistungen zurückgingen. Der erhoffte Effekt blieb jedoch aus, mußte ausbleiben, weil diese Maßnahmen nur eine Verminderung der schon so erheblich geschwächten Kaufkraft herbeiführen konnten, wodurch sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterte. Dementsprechend nahm die Zahl der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen zu, was zu einer Erhöhung der für ihre Versorgung notwendigen Aufwendungen führte.

Eigentümlich berührt hierbei, daß die gleichen Unternehmer, die das Reich, die Länder und Gemeinden zu immer neuen Sparsamkeitsmaßnahmen antreiben, für sich selbst die gepriesene Sparsamkeit nicht üben. Soweit ihre Betriebe in Frage kommen, geht ihr immer gleichbleibendes Sparsamkeitsrezept lediglich darauf hinaus, die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten so tief wie irgend möglich herunterzudrücken. Damit ist aber ihr Sparsamkeitsbegriff erschöpft. In organisatorischer Weise Vorteile zu gewinnen, fällt ihnen nur dann ein, wenn kein anderer Ausweg übrig bleibt. Sie lassen, wie man zu sagen pflegt, in der Regel den Karren laufen, so lange es irgend geht. Ein bezeichnendes Bild bietet hierfür der von dem Reichsversicherungsamt veröffentlichte Bericht über die Unfallversicherung im Jahre 1929.

Die deutsche Unfallversicherung befindet sich bekanntlich im Gegensatz zu den übrigen Sozialversicherungszweigen ausschließlich in den Händen der Unternehmer, denen damit ein Sonderrecht eingeräumt wurde. Sie beruht auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage. Die Unternehmer stellen die Verwaltung, regeln die Leistungen, entscheiden über die Entschädigungen und Unfallverhütungsvorschriften. Bei dem Umfang der Unfallversicherung, die einen Versichertenbestand von rund 24 Millionen Personen umfaßt, handelt es sich daher um einen sehr großen Verwaltungsapparat, auf den sich die von den Unternehmern von Staat und Wirtschaft geforderten Sparsamkeitsgrundsätze in der Richtung einer Vereinfachung und Zusammenfassung sehr wohl anwenden ließen. Davon merkt man jedoch — abgesehen von den Versuchen, die Entschädigungssätze für die Verletzten möglichst tief herunterzudrücken — nichts. Die Organisation und Verwaltung der Unfallversicherung ist seit ihrem Bestehen nahezu unverändert geblieben, obwohl hierin manches zu ändern wäre. Das ist um so leichter möglich, als ein wesentlicher Teil der Hemmungen, die zum Teil einer zweckmäßigeren Ausgestaltung der Invaliden- und Krankenversicherung hindernd im Wege stehen, hier nicht vorhanden ist.

Nach dem angeführten Bericht blieb auch im Jahre 1929 die Zahl der Träger der deutschen Unfallversicherung ohne wesentliche Veränderung. Wie vorher waren 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 14 Zweiganstalten und 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallversicherung tätig. Daneben wuchs die Zahl der den Berufsgenossenschaften gleichgestellten Ausführungsbehörden von 500 auf 527. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurde nur die Seiden-Berufsgenossenschaft aufgelöst. Dieser Ausfall ergänzte sich aber durch die neu gebildete Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Einschließlich der Sektionen, deren Zahl sich um 15 verminderte, stieg die Gesamtzahl der Versicherungsträger der Unfallversicherung von 1422 auf 1434. Eine Notwendigkeit für einen derartig umfangreichen Verwaltungsapparat, der überall nach den gleichen Grundsätzen arbeitet, ist nicht anzuerkennen. Dennoch ist von einem Verwaltungsabbau, wie er von den Unternehmern der öffentlichen Wirtschaft mit schärfstem Nachdruck gefordert wird, nichts zu bemerken. Theorie und Praxis sind eben wie immer für die Unternehmer zwei Paar Stiefel.

Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß trotz der bereits im Jahre 1929 stark einsetzenden Krise die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe um 120 311 = 12,6 % zunahm. Die Gesamtzahl der versicherten Betriebe stieg damit auf 1 077 191. Verhältnismäßig wesentlich geringer war die Zunahme der versicherten Vollarbeiter mit 169 157 = 1,6 %, womit sich die Gesamtzahl auf 10,8 Millionen erhöhte. Einschließlich der Landwirtschaft erhöhte sich die Zahl der Versicherten um 0,6 Millionen auf rund 27 Millionen. Hiervon entfielen auf die gewerbliche Unfallversicherung 12,2 Millionen, auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung 14,1 Millionen, während sich der Rest von 1,2 Millionen auf die Ausführungsbehörden verteilte. Bringt man von dieser Gesamtzahl die doppelt Versicherten in Abzug, so ergibt sich ein Versichertenstand in der bereits angegebenen Höhe von rund 24 Millionen, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 0,7 Millionen aufweist.

Ohne Berufskrankheiten wurden in dem Berichtsjahr 165 889 Unfälle erstmalig entschädigt. Das sind 3,8 % mehr als im Vorjahr. Da die Steigerung der erstmalig entschädigten Unfälle von 1927 auf 1928 17,6 % betrug, ist hier eine Abnahme festzustellen, über deren Bedeutung man sich jedoch keinen Illusionen hingeben darf. Die Unfallverhütung ist zwar in den letzten Jahren ziemlich stark propagiert worden, hat aber nicht die darauf gesetzten Erwartungen erfüllt, was das fortgesetzte Steigen der Unfallziffern beweist. Zwar würde die schärfere Beachtung der Unfallverhütung ganz erhebliche Ersparnisse bringen können. Von den Unternehmern wird diese Möglichkeit aber nur in sehr geringen Maße ausgenutzt, weil sich einer auf den andern verläßt. Im übrigen beschränkt sich der Rückgang der erstmalig entschädigten Unfälle lediglich auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, ein Umstand, den die in der zweiten Jahreshälfte einsetzende starke Verminderung der Betriebstätigkeit und Arbeiterzahl erklärt. Das gleiche trifft wohl auch für die Feststellung zu, daß die Unfälle im allgemeinen günstiger als im Vorjahre verliefen und ihr tödlicher Ausgang mit 5,5 % gegenüber 5,8 % im Vorjahre geringer war. Die Zahl der erstmalig Entschädigten, die durch Berufskrankheiten Beeinträchtigungen ihrer Erwerbsfähigkeit erlitten, stieg von 417 auf 1969. Diese starke Steigerung hat im wesentlichen ihre Ursache in den bis 1920 rückwirkenden neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Entschädigung von Berufskrankheiten. Am zahlreichsten waren hierbei die Fälle von schweren Staublungenerkrankungen, während an zweiter Stelle die Erkrankungen durch Blei und seine Verbindungen standen.

Die Zahl der rentenberechtigten Verletzten vermehrte sich um 5,5 % auf 835 713, die der Hinterbliebenen auf 189 580 = 2,1 %. Insgesamt liefen im Jahre 1929 1 025 293 Unfallrenten gegen 977 696 im Vorjahr. Die Gesamtausgaben der Unfallversicherung betrugen 410,7 Millionen Mark, das sind 33,3 Millionen Mark = 8,8 % mehr als 1928. Der Hauptteil dieses Aufwands entfiel auf die Rentenzahlungen, die sich auf 263,3 Millionen Mark beliefen. Die Durchschnittshöhe der einzelnen Verletztenrenten betrug bei den Ausführungsbehörden 342,81 Millionen Mark, bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 330,45 Millionen Mark und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 117,28 Millionen Mark. Für die Hinterbliebenenrenten ergibt sich ein Gesamtdurchschnitt von 365,17 Millionen Mark. Abgefunden wurden 16 120 Berechtigte. Die Kosten der Krankenbehandlung erhöhten sich von 45,5 auf 55,4 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unfallverhütung wurden 8,9 Millionen Mark ausgegeben. Das Vermögen der Unfallversicherung betrug Ende 1929 395,9 Millionen Mark, was eine Zunahme von 19,2 Millionen Mark gegen das Vorjahr feststellen läßt.

Es sind also beträchtliche Summen, die für die Unfallversicherung aufgewendet werden. Noch höher sind die Verluste zu schätzen, die durch Unfälle an Leben und Gesundheit der Arbeiter entstehen. Durch entsprechende Maßnahmen ließen sich diese wesentlich herabsetzen. Das würde wirkliche und wirtschaftlich nutzbare Sparsamkeit bedeuten. Diese zu üben, zeigen jedoch die Unternehmer wenig Neigung. M.

Gewerkschaftliche Einigung in Frankreich?

Paris, Mitte Februar 1931.

Anfang 1914 zählte der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund zwei Millionen Mitglieder. Unmittelbar nach dem Krieg, im Jahre 1919, strömten die Arbeiter wieder in Massen in die Gewerkschaften und in die sozialistische Partei, und besonders die Gewerkschaftsbewegung hätte einen ungeheuren Aufschwung nehmen können, wenn sich nicht seit 1920 als Folge des damaligen Eisenbahnerstreiks eine von Moskau beeinflußte Opposition im Gewerkschaftsbund gebildet hätte, die bald „Revolutionäre Gewerkschaftskomitees" schuf, was dann Ende 1921 zur Spaltung der Gewerkschaften in Frankreich führte. Damals verlangten die Gewerkschaftsführer Leon Jouhaux und Dumoulin, daß man, nachdem die „Revolutionären Gewerkschaftskomitees" eine eigene Zentralleitung in Paris geschaffen hatten, zwischen diesen und dem alten Gewerkschaftsbund zu wählen habe. Als 1922 die „Confédération générale du Travail unitaire", der kommunistische Gewerkschaftsverband, neben der „Confédération générale du Travail", dem alten Gewerkschaftsbund, geschaffen wurde, da zählte der kommunistische Verband etwa 500 000 Anhänger, und der Verband der freien Gewerkschaften ebensoviel. In der sozialistischen Partei waren Ende 1920 von den 150 000 Parteimitgliedern sogar 120 000, das heißt fast dreiviertel, zu den Kommunisten übergegangen; während heute die sozialistische Partei 125 000 Mitglieder hat, hat die kommunistische Partei nur noch 30 000 Mitglieder. Die freien Gewerkschaften haben jetzt 750 000 Mitglieder, die kommunistischen etwa 250 000.

Am 11. Januar versammelten sich nun in der Pariser Arbeitsbörse 22 Gewerkschafter, unter ihnen Dumoulin, um einen Aufruf zur Wiedervereinigung der beiden Gewerkschaftsbünde an die Arbeiter zu richten: „Auf zur gewerkschaftlichen Einigung!" heißt seine Ueberschrift. In dem Aufruf wird von der Notwendigkeit der Einigung gesprochen und von den Zielen, die sich die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich zu setzen habe, sowie auch schon von den Mitteln, eine Einigung herbeizuführen. „Zum ersten Mal seit zehn Jahren versammelten sich wieder Angehörige der verschiedenen Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung, verstanden und verständigten sich. Was sie taten, müßt ihr alle tun!" heißt der Schlußsatz des Aufrufes.

Leon Blum der Führer der französischen sozialistischen Partei, nahm dazu im „Populaire" vom 16. Januar Stellung. Er wandte sich dagegen, daß durch die 22 der alte Gewerkschaftsbund zu sehr kritisiert wurde, er glaubt nicht an die Möglichkeit der baldigen Einberufung eines Einheitskongresses, und er meint schließlich, eine Einigung könne nur international von Amsterdam (respektive bald Berlin) und von Moskau aus vollzogen werden.

Hierauf antwortete Dumoulin im „Cri du Peuple" vom 21. Januar. Streitereien über die Vergangenheit würden nur die Atmosphäre erneut vergiften, statt eines Einigungskongresses sei den 22 auch jedes andere Mittel recht, und es bedeute ein Uebertreiben der Schwierigkeiten, wenn Leon Blum schrieb: „die Einigung wird nur international vollzogen werden", was wohl für eine politische Einigung der Arbeiterklasse, nicht aber für ihre gewerkschaftliche, eine Gültigkeit habe.

Am 24. Januar hat daraufhin der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes über die Sache beraten und als Ergebnis der Beratung eine einstimmig angenommene Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß ein Verschwinden der freien Gewerkschaften und seine Ersetzung durch einen neuen Organismus keinesfalls in Betracht kommen kann, da diese Idee seit dem Jahre 1922 von allen Gewerkschaftskongressen verurteilt worden ist. Außerdem liege es nicht im Interesse der Arbeiter, eine Einigung in nationalem Rahmen sich vollziehen zu lassen, die nicht auf die Bedingungen achtet, die für eine internationale Einigung notwendig wären.

Leon Jouhaux hat weiterhin im „Peuple", der Pariser Tageszeitung der französischen Gewerkschaften, zu der Angelegenheit Stellung genommen und die Erklärung des Gewerkschaftsbundes vom 24. Januar dabei kommentiert. Er weist in seinen zwei Artikeln besonders darauf hin, daß die Verwaltungskommission natürlich nur die Beschlüsse der vorangegangenen Gewerkschaftskongresse bestätigen, aber sie nicht ändern konnte. — Auch die verschiedenen Zeitschriften der Fachverbände nehmen jetzt zu der Frage Stellung, meist in ablehnendem Sinne oder wenigstens mit starkem Vorbehalt. Auf dem diesjährigen Kongreß des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes wird sicher das Manifest der 22 eine Rolle spielen.

Kurt Lenz.

Wie ist die Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung auszulegen?

Bekanntlich kann gemäß § 130 des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnen, daß versicherungspflichtige Arbeitnehmer, die in ihrer Arbeitsstätte in einer Woche nicht die übliche Zahl von Arbeitsstunden erreichen und somit Lohnkürzungen aufzuweisen haben, die Kurzarbeiterunterstützung aus Mitteln der Reichsanstalt erhalten. Diese Kurzarbeiterunterstützung sollte nicht höher sein, als die Arbeitslosenunterstützung, die ein Kurzarbeiter erhielte, wenn er arbeitslos wäre, und dürfte einschließlich Arbeitsentgelt ⅞ des vollen Arbeitsentgelts nicht übersteigen. Unter dem 30. Oktober 1928 war nun eine neue Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung erlassen worden, deren Auslegung in der Fassung der Anordnung vom 5. November 1930 häufig zu Zweifeln Veranlassung gegeben hatte, so daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt an die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter am 2. Februar 1931 hierzu aufklärende Erläuterungen ergehen lassen mußte. In diesen Erläuterungen heißt es nun unter anderm, daß unbeschadet des Grundsatzes, den der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung für den Fall aufgestellt hat, daß bei Einführung von Kurzarbeit ein Ausgleich für den Verdienstausfall geschaffen wird, und unbeschadet der dienstlichen Mitteilung vom 12. November 1930, wonach neben dem Ausfall von 3, 4 oder 5 Arbeitstagen eine entsprechende Verringerung des Arbeitsentgelts vorliegen muß, nicht dahin zu verstehen sei, daß der Kurzarbeiter in keinem Falle mehr als 50 % seines bisherigen durchschnittlichen Wochenlohns verdienen dürfte. Vielmehr soll eine Unterstützung aus Mitteln der Reichsanstalt durch dieses Erfordernis in der Regel nur dann ausgeschlossen werden, wenn durch besondere Vorkehrungen der Lohnausfall der Kurzarbeiter ganz oder zum Teil ausgeglichen wird. Das Erfordernis entsprechender Verringerung des Arbeitsentgelts bedeutet, daß Ausfalltage dann berücksichtigt werden, wenn für sie keine Entlohnung gezahlt wird und wenn für die restlichen Arbeitstage nicht wegen der Einführung der Kurzarbeit die Arbeitszeit verlängert oder die Entlohnung günstiger geregelt wird. Es ist nicht der sinngemäße Inhalt der vorerwähnten Verordnung, daß zum Beispiel einem Akkordarbeiter, der Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung schon darum zu versagen sei, weil er nach Uebergang zur Kurzarbeit infolge der normalen Schwankungen des Akkordverdienstes oder durch intensiveres Arbeiten in der verkürzten Arbeitszeit zeitweilig mehr Lohn erzielt, als er bisher in der gleichen Arbeitszeit zeitweilig verdienen konnte. Ebenso liegt ein Grund zur Versagung der Kurzarbeiterunterstützung nicht etwa darin, daß der Arbeitnehmer während der Kurzarbeit in den Genuß sozialer Zulagen tritt, die im Tarifvertrag und anderem bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder bei Familienzuwachs vorgesehen sind. Oder aber vielleicht dadurch, daß durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages eine andere Entlohnung festgesetzt worden ist usw.

Desgleichen sind geringfügige Nebenleistungen, die nach dem Arbeitsvertrage den Betroffenen zustehen und bei Einführung der Kurzarbeit nicht entsprechend dem Barlohn gekürzt werden können, bei Feststellung der „entsprechenden Verringerung" des Arbeitsentgelts außer Betracht zu lassen. Was im Einzelfalle unter geringfügiger Nebenleistung zu verstehen ist, dürfte nach den jeweiligen Verhältnissen unter billiger Berücksichtigung des Wertes der Hauptleistung zu erkennen sein. Im allgemeinen wird als geringfügig eine Nebenleistung gelten können, wenn ihr Wert 10 % des verbleibenden Kurzlohnes nicht übersteigt. Dagegen könnten Kost und Logis, die etwa neben Barlohn gewährt werden, in keinem Falle als eine geringfügige Nebenleistung angesehen werden. — Gleichzeitig wird noch in diesen neueren Erläuterungen über aufgetretenen Zweifel betreffs „Tagessatz der Arbeitslosenunterstützung" vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt hervorgehoben, daß unter Tagessatz diejenigen Sätze zu verstehen sind, die sich aus der Anwendung der §§ 105, 106 und 107 des vorerwähnten Gesetzes in der am 18. November 1928 bei Inkrafttreten der Verordnung über Kurzarbeiterstützung gültigen Fassung ergeben. Die Unterscheidungen und Abstufungen, die erst durch die spätere Gesetzgebung in das Gesetz hineingekommen sind, sollen mithin unberücksichtigt bleiben, das heißt, sie dürfen mithin keine Anwendung bei der Berechnung des Tagessatzes der Kurzarbeiterunterstützung finden. Da die Kurzarbeiterfrage in der jetzt daniederliegenden Wirtschaftskonjunktur in letzter Zeit wieder mehr als bisher eine wesentliche Rolle spielt, dürften die vorstehenden und hier näher dargelegten Erläuterungen des Verwaltungsrats der Reichsanstalt nur zu begrüßen sein. Es wird hierdurch mancher aufgetretene Streit in den einzelnen Arbeitsämtern nunmehr mit Leichtigkeit im Interesse der Beteiligten zu beseitigen möglich sein. Für die Betroffenen mögen daher die vorstehenden, leichtverständlichen Darlegungen von großem Interesse sein und beachtet werden, denn sie tragen zur Klärung der bisher umstrittenen Kurzarbeiterunterstützungsfrage bei. R. V.

Neuberufung der Beisitzer bei den Arbeitsgerichtsbehörden in Rheinland-Westfalen-Lippe

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 bestimmt nach § 20, daß die Beisitzer zu den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts auf die Dauer von drei Jahren zu berufen sind. Am 1. Juli 1927 trat das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft, so daß die Neuberufung der Beisitzer am 1. Juli 1930 hätte erfolgen müssen. Durch Gesetz vom 17. März 1930, Reichsgesetzblatt Seite 39, wurde die Amtsdauer bis zum 31. Dezember 1930 verlängert, um die Amtszeit der Arbeitsrichter, Landesarbeitsrichter und Reichsarbeitsrichter mit dem Geschäftsjahr der Arbeitsgerichtsbehörden, also dem Kalenderjahr in Einklang zu bringen. Die in den einzelnen Arbeits- und Landesarbeitsgerichtsbezirken vorhandenen wirtschaftlichen Vereinigungen wurden deshalb im November 1930 aufgefordert, für die Neubesetzung der Beisitzer Vorschläge zu machen. Für die Arbeitnehmerschaft wurden entsprechende Vorschlagslisten eingereicht vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, von der Vereinigung der leitenden Angestellten e. V., von dem Verband der Kommunalbeamten und -angestellten und dem Reichsverband des Deutschen Lohngewerbes.

Bei den Vorschlagslisten mußten die oben bezeichneten Verbände ihren in dem betreffenden Arbeits- und Landesarbeitsgerichtsbezirk vorhandenen Mitgliederbestand angeben. Diese Zahlen, die in der folgenden Tabelle wiedergegeben sind, gewähren interessante Einblicke in das Kräfteverhältnis der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen

EIN BEACHTENSWERTER GRUNDSATZ

Jeden ersten Montag im Monat

muß auf allen Arbeitsstellen eine

Kontrolle der Verbandsbücher

stattfinden. Die Bau- u. Platzdelegierten müssen dem Zahlstellenvorstand üb. das Ergebnis der Kontrolle berichten

zueinander. Dabei sind nur die drei größten, nämlich die freien, die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften berücksichtigt. Diese meldeten für die einzelnen Landesarbeitsgerichtsbezirke folgende Zahlen an:

Landesarbeitsgerichtsbezirk	ADGB.	Christliche Gewerkschaften	Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften
Düsseldorf	34 872	18 425	2 450
Duisburg	38 125	24 794	5 714
Elberfeld	52 879	12 486	2 134
Krefeld	40 755	38 385	2 861
Bielefeld	86 039	19 815	2 500
Dortmund	86 891	52 316	11 225
Essen	49 806	50 568	4 603
Hagen	37 096	31 963	16 032
Münster	8 351	31 762	315
Aachen	26 684	31 045	4 825
Koblenz	24 107	17 169	—
Köln	78 894	49 850	3 631
Insgesamt ..	564 499	378 578	56 290

Nach dieser Aufstellung gehören von der in Rheinland-Westfalen-Lippe vorhandenen einen Million Gewerkschaftern 56,4 % den freien, 37,9 % den christlichen und 5,7 % den Hirsch-Dunckerschen Verbänden an. Nur in wenigen Landesarbeitsgerichtsbezirken überwiegen zahlenmäßig die christlichen Gewerkschaften, so in den Landesarbeitsgerichtsbezirken Essen, Münster und Aachen. Aber auch hierbei ist ein starkes Uebergewicht nur im Bezirk Münster festzustellen. In den übrigen neun Landesarbeitsgerichtsbezirken marschieren die freien Gewerkschaften an der Spitze. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß auch in den ganz überwiegend katholischen Bezirken, wie Köln, Koblenz, Duisburg und Düsseldorf das freigewerkschaftliche Element weitaus dominiert. Die von den christlichen Gewerkschaften für den Arbeits- und Landesarbeitsgerichtsbezirk Essen angegebene Mitgliederzahl wurde von den Vertretern der freien Gewerkschaften stark angezweifelt. Durch Sonderverhandlungen wurde die bisherige Verteilung der Beisitzer beim Arbeits- und Landesarbeitsgericht Essen beibehalten, die den freien Gewerkschaften die Mehrzahl der Sitze zufallen ließ. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verfügen über einen nennenswerten Anhang nur noch im Bezirk Hagen und Dortmund. Die beiden Distrikte stellen ungefähr die Hälfte des Mitgliederbestandes der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in Westdeutschland. In der Großindustrie ist ihr Anhang nahezu bedeutungslos, während in den Fabrikbetrieben diese Gewerkschaftsrichtung eine gewisse Tradition hat.

Auf Grund ihrer Mitgliederzahlen wurden den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen an Beisitzern zu den Arbeitsgerichten (51 Arbeiterkammern und 58 Handwerkerkammern) zugesprochen:

	Arbeiterkammer		Handwerksgericht	
	Zahl der Beisitzer	Prozent der Gesamtzahl	Zahl der Beisitzer	Prozent der Gesamtzahl
ADGB.	319	55,7 %	138	54,3 %
Christl. Gewerksch.	217	37,9 %	116	45,7 %
H.-D. Gewerksch.	37*)	6,4 %		
Insgesamt: ..	573	100 %	254	100 %

Nachstehende Aufstellung gibt einen Ueberblick über die Verteilung der Arbeitnehmer-Beisitzer in den sieben gemeinsamen Arbeiter- und Angestelltenkammern:

Arbeitsgericht	Zahl der Beisitzer	ADGB.	Christl. Gewerkschaften	H.-D.	AfA-bund	Gedag
Gemünd	6	2	2	—	1	1
Wesel	4	1	1	1	—	1
Oyladen	6	2	2	—	1	1
Lennep	6	3	1	1*	—	1
Altenkirchen ...	4	1	1	1	—	1
Bocholt	8	2	4	—	—	2
Rheine	8	1	4	—	1	2
Insgesamt	42	12	15	3	3	9

In den Reichsbahnfachkammern Elberfeld, Essen, Trier, Köln und Münster sind insgesamt 27 Beisitzer tätig; 13 stellt die freie, 9 die christliche und 4 die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsrichtung.

Die Beisitzer zu den Landesarbeitsgerichten werden aus dem Kreise der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen entnommen. Ihre Gesamtzahl sowie deren Verteilung auf die einzelnen Landesarbeitsgerichtsbezirke und Gewerkschaftsrichtungen veranschaulicht nachfolgende Statistik:

Landesarbeitsgericht in:	Gesamtzahl	ADGB.	Christl. Gewerkschaften	H.-D.	AfA-bund	Gedag	G.d.A.
Düsseldorf .	10	3	3	—	2	1	1
Duisburg .	12	5	4	—	1	1	1
Elberfeld .	8	4	1	—	1	1	1
Krefeld ..	10	4	3	—	1	1	1
Bielefeld ..	8	4	1	—	1	1	1
Dortmund .	12	5	3	1	1	1	1
Essen	8	3	2	1	1	1	—
Hagen ...	12	4	4	1	1	1	1
Münster ..	8	1	3	—	1	2	1
Aachen ...	6	1	2	1	1	1	—
Koblenz ..	8	3	3	—	1	1	—
Köln	20	9	5	1	2	2	1
Insgesamt .	122	46	34	5	14	14	9

Demnach stellen hier die freien Gewerkschaften — also ADGB. und Afa-Bund — von den 122 Beisitzern zu den Landesarbeitsgerichten 60, oder 49,1 % der Gesamtzahl. Auf die christlichen Gewerkschaften (DGB. und Gedag) entfallen 48 oder 38,2 % der Gesamtzahl, und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften (H.-D. und GDA.) stellen 14 Beisitzer zu den Landesarbeitsgerichten oder 11,5 % der Gesamtzahl.

Alles in allem zeigt die Zusammenstellung, daß von dem Millionenheer der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe der größte Teil auf die freigewerkschaftliche Richtung entfällt, der dadurch auch der Hauptanteil an der Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, zufällt. Davon ist die gewerkschaftliche Tätigkeit an den Arbeitsgerichten nur ein Teil, aber ein sehr wichtiger. E. Arnold, Düsseldorf.

* Bei der Arbeiterkammer in Wuppertal-Barmen und bei der Allgemeinen Arbeiter- und Angestelltenkammer in Lennep wurde je ein Sitz dem Deutschen Lohngewerbe zugesprochen.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Hildesheim **Willi Schneeweiß** (Verb.-Nr. 48 487), in Magdeburg **Robert Rogge** (49 273), **Albert Noack** (49 328), **Otto Adolph** (49 388) und **Paul Walpurgis (49 306)** und in Zella-Mehlis **Artur Roth** (88 674) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Berichte aus den Zahlstellen

Altenburg. (Thür.) Jahresbericht.) Die am 28. Januar stattgefundene Hauptversammlung wurde vom Vorsitzenden mit einem Rückblick auf das verflossene Geschäftsjahr eröffnet. Das Baugewerbe hatte auch in unserm Orte unter der Wirtschaftskrise stark zu leiden, was schon daraus zu ersehen ist, daß der größte Teil unserer Kameraden in den Arbeitsprozeß nicht eingereiht werden konnte. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß am Schluß des Geschäftsjahres ein Kassenbestand von 1332 M vorhanden war. Die Mitgliederzahl betrug 215 Kameraden. Den arbeitslosen Kameraden wurde eine Weihnachtsbeihilfe aus Mitteln der Zahlstelle gewährt; gleichzeitig wurden etwa 800 M aus der Zentrale zur Auszahlung gebracht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen und 5 Vorstandssitzungen statt. In einer Lohnklage, an der 20 Kameraden beteiligt waren, gegen eine Leipziger Betonfirma, war Kamerad Laue, Leipzig, Vertreter der Zahlstelle. Es kam zum Vergleich und die Kameraden gelangten in den Genuß ihrer Ansprüche. Die Vorstandswahl ging glatt vor sich und es erfolgte Wiederwahl der bisherigen Funktionäre bis auf kleine Aenderungen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende nochmals auf, treu und geschlossen auch im neuen Jahre zur Organisation zu halten. Wenn wir einig und geschlossen Schulter an Schulter stehen, dann können die Feinde der Arbeiterschaft von rechts und links ruhig kommen, denn unsere Parole ist: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Bielefeld. (Jahresbericht.) Unsere Zahlstellenversammlung fand am 25. Januar statt. Vor Eröffnung der Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Delegierten, und gibt bekannt, daß im verflossenen Jahre wieder ein altes Mitglied zur großen Armee abberufen wurde, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Hierauf erstattete der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Mitgliederzahl hat sich mit 650 Kameraden ziemlich stabil gehalten, hiervon waren 57 Lehrlinge. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das verflossene Geschäftsjahr. Von der großen Krise wurde besonders auch das Baugewerbe betroffen. Die Bautätigkeit war im Zahlstellengebiet sehr gering. Die Ursachen der Krise, so betonte der Redner, wird den Kameraden ja täglich in Fach- und Parteipresse vor Augen geführt, so daß sich ein Eingehen hierauf erübrigt. Wenn auch im Frühjahr zwei Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfanden, um die Bautätigkeit anzukurbeln, so war das Ergebnis doch gleich Null, da die anwesenden Vertreter der Behörden erklärten, daß ihnen hierfür keinerlei Mittel zur Verfügung ständen. Auf die Agitation übergehend, wurde betont, daß sie noch stärker als bisher betrieben werden müsse, für uns gilt auch die Mahnung, jedes Mitglied muß in diesem Jahre dem Ver-

bande ein neues Mitglied zuführen. Gemessen an der Zahl der Betriebe, ergibt sich, daß viel zu wenig Platzdelegierte gemeldet wurden, ist doch das Platzdelegiertenwesen, sofern es richtig gehandhabt wird, eine Hauptstütze des Verbandes. Im Laufe des Jahres konnten 60 Kameraden durch Neuaufnahmen dem Verbande zugeführt werden. Die Zahlstelle Lübbecke wurde schon mit Schluß des 2. Quartals als Bezirk an Bielefeld angeschlossen, auch dort sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitglieder der Zahlstelle Paderborn hatten erkannt, daß nur durch Einigkeit und Geschlossenheit etwas zu erreichen sei, und so vor einiger Zeit den Wunsch geäußert, Bielefeld angeschlossen zu werden. Diesem Wunsche wurde von der Generalversammlung entsprochen. Der Kassierer von Paderborn, ein altes Mitglied, dankte mit bewegten Worten für die freundliche Aufnahme, und sprach die Hoffnung aus, daß nur ein gedeihliches Zusammenarbeiten es ermöglicht, auch in jener Gegend vorwärtszukommen. Der Jugendabteilung wird nach wie vor besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein, soll doch die Jugend von heute später das Erbe der Alten übernehmen. Wenn es infolge der vielen Sportmöglichkeiten auch keine leichte Aufgabe ist, das Interesse der Jugend für die Gewerkschaftsarbeiten zu wecken, so dürfen wir doch nichts unversucht lassen. Eine gute Arbeit wird auch in den Modellierkursen geleistet, beteiligten sich doch an 21 Abenden 231 — an 15 Bildungsabenden 208 —, an 5 weiteren Veranstaltungen 75, an 3 Wanderungen 45, insgesamt 554 Jungkameraden. Pflicht der alten Kameraden ist es, die Lehrlinge immer wieder auf die Veranstaltungen hinzuweisen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre mit Ausnahme des Schriftführers. Hierauf erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Bochum. (Jahresbericht.) Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Im Jahresbericht schilderte der Vorsitzende die stattgefundenen Lohnverhandlungen, das Jugendtreffen in Köln sowie die anhängiggemachten Klagen am Arbeitsgericht. Versammlungen haben zwölf stattgefunden. Davon waren in fünf Versammlungen Referenten anwesend. Außerdem fand noch eine Versammlung der Werkszimmerleute, in der Gauleiter Kamerad Jantzen referierte, statt. Das Delegiertenwesen war leider nicht zufriedenstellend, und es muß darauf im kommenden Jahr viel mehr Gewicht gelegt werden. Die Arbeitslosigkeit war im Zahlstellengebiet außerordentlich groß, besonders auch unter den Lehrlingen. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten dessen Richtigkeit, und die beantragte Entlastung wurde von der Versammlung erteilt. Im Punkt Neuwahl des Vorstandes wurde dieser größtenteils neugewählt. Nach Erledigung der Wahl ermahnte der Vorsitzende die Versammlung, das bezeugte Vertrauen auch in Zukunft zu bewahren und den Vorstand in seinen Aufgaben zu unterstützen. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Danzig. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem das vom Schriftführer verlesene Protokoll der letzten Versammlung von der Versammlung angenommen war, verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Von den Revisoren wurde der Antrag auf Entlastung des Kassierers gestellt und einstimmig angenommen. Zum Punkt Jahresbericht führte der Vorsitzende folgendes aus: Wie in allen Ländern, so macht auch in Danzig die große Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die Weltwirtschaftskrise, das Leben der Arbeiterklasse fast unerträglich. Eine Besserung der Wirtschaftslage des Arbeiters ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Besonders schwer leidet das Baugewerbe unter der großen Arbeitslosigkeit. Die private Bautätigkeit ruht fast vollkommen. Industriebauten werden wenig benötigt. Das Baugewerbe ist heute vollkommen von dem guten Willen der gesetzgebenden Körperschaften abhängig. Haben letztere ein Verständnis hierfür und für die Wohnungslosen, so kann die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe etwas behoben werden. Bei der heutigen Zusammensetzung des Freistadtparlaments ist aber dafür nicht viel Verständnis zu erwarten. Ueber sechstausend Familien warten in Danzig auf Wohnungen; von Jahr zu Jahr vergrößert sich die Zahl der Wohnungslosen. Im Jahre 1930 sind in Danzig rund 500 Neubauwohnungen geschaffen worden. Im Durchschnitt waren im Jahre 1930 jeden Monat 500 Kameraden in unserm Zahlstellengebiet arbeitslos, also 60 %. Tarifverhandlungen fanden in diesem Jahre keine statt; der im Jahre 1929 abgeschlossene Tarifvertrag läuft noch bis zum Jahre 1931. Am 31. März war das im vorigen Jahr getätigte Lohnabkommen abgelaufen. Trotz der schlechten Arbeitsgelegenheit ist es uns gelungen, durch Tarifamtsspruch eine Lohnaufbesserung von 2 ₰ pro Stunde durchzusetzen. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau beantragt, und zwar für gelernte Bauarbeiter 5 %, für ungelernte 8 bis 10 %; sie lehnten daher den Schiedsspruch ab. Auch der Senat weigerte sich anfangs, die Allgemeinverbindlichkeit, die wir beantragt hatten, für diesen Schiedsspruch auszusprechen. Nachdem wir in drei Baugeschäften die Arbeit zwei Tage eingestellt hatten, wurde vom Senat die Allgemeinverbindlichkeit ausgesprochen, danach wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In den beiden ländlichen Lohngebieten wurde die Lohnzulage ohne große Schwierigkeit, wenn auch zu einem etwas späteren Termin, durchgesetzt. Infolge der großen Arbeitslosigkeit gestalteten sich die Einnahmen für unsere Verbandskasse sehr schlecht. Die gesamten Einnahmen für die Zentralkasse betrugen 43 912,68 Gulden, die Ausgaben 41 128,39 Gulden, demnach ein Reingewinn für die Hauptkasse 2784,29 Gulden. An Beitragsmarken sind 22 842 verkauft worden, oder 3332 weniger als im vorigen Jahr. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: an Erwerbslosenunterstützung 19 586,58 Gulden, Krankenunterstützung 5053,85 Gulden, Invalidenunterstützung 4194,10 Gulden, Weihnachtsunterstützung 3908,35 Gulden, sonstige Unterstützung 1089,51 Gulden. Der Lokalkassenbestand betrug am 1. Januar 1930 rund 4240 Gulden. Der Lokalkassenbestand hat am Jahresschluß rund 900 Gulden betragen. Der dauernde Rückgang des Lokalkassenbestandes veranlaßte den Vorstand wiederholt in den Versammlungen an die Kameraden heranzutreten, um den Beitrag für die Lokalkasse zu erhöhen. Es gelang dann auch im Juli vorigen Jahres den Beitrag für die Lokalkasse um 5 ₰ zu erhöhen. In der letzten Versammlung des vergangenen Jahres wurde dann beschlossen, den Beitrag für die Lokalkasse vom 1. Januar 1931 an um 10 ₰ zu erhöhen. Hoffen wir, daß sich unsere Finanzen im neuen Jahr wieder bessern. Wie auf allen Gebieten ein Rückgang zu verzeichnen ist, so auch ein Rückgang in der Mitgliederzahl. Anfang des Jahres betrug die Mitgliederzahl 1008, Ende des Jahres 922, mithin betrug die Abnahme der Mitglieder 76. Dieses ist hauptsächlich auf die abnorme Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Viele Kameraden haben einen andern Beruf ergriffen, viele sind abgereist. Im Laufe des Jahres haben 8 Mitgliederversammlungen und 22 Bezirksversammlungen stattgefunden. Um die Geschäfte des Vorstandes zu erledigen, waren 12 Vorstandssitzungen nötig; außerdem 8 Sitzungen der tariflichen Schlichtungskommission fanden im Laufe des Jahres statt. Im Laufe des Jahres waren 19 Prozesse mit 33 Terminen vor dem Arbeitsgericht nötig, damit unsere Kameraden zu ihrem verdienten Lohn kamen; die ausgeklagte Summe hat 1860,55 Gulden betragen. In einem Falle mußte die Zahlstelle auch die Vertretung eines Beklagten vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht übernehmen. Wenn nun auch das verflossene Jahr für die arbeitende Bevölkerung nur Not und Elend gebracht hat, und das neue Jahr nicht viel besser werden wird, so ist es doch erforderlich, daß jeder treu zu seiner Organisation hält, und daß diejenigen, die ihr fernstehen, ihr zugeführt werden; denn nur im Zentralverband der Zimmerer liegt unsere Kraft. Der alte Vorstand wurde bis auf den zweiten Kassierer wiedergewählt. Ein Revisor wurde neugewählt.

Dessau. Am 18. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht ließ erkennen, daß die furchtbare Wirtschaftskrise auch unsere Zahlstelle nicht verschont hat. Die Arbeitslosigkeit überbot alles bisher Dagewesene, denn 55 % unserer Kameraden waren bei bester Beschäftigungsmöglichkeit zur Arbeitslosigkeit verdammt. Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte waren 13 Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen notwendig. Zum Mitteldeutschen Gewerkschaftstreffen in Magdeburg hatten wir 6 Kameraden delegiert. Auch konnten wir die Ehrung von 4 Kameraden unserer Zahlstelle als Jubilare bei einem kleinen Vergnügen erledigen. Die vom Gau gebotenen Bildungskurse waren gut besucht. Im April konnten wir unser eigenes Heim im Gewerkschaftshaus beziehen. Der Versammlungsbesuch war gut; die Kassenverhältnisse sind stabil geblieben. Den Kassenbericht gab der Kassierer. Da die Finanzen und Bücher sich in tadelloser Ordnung befanden, wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. An Arbeitslosenunterstützung wurden 3728,75 ℳ, an Weihnachtsunterstützung 404,50 ℳ ausgegeben. Hierauf berichtete der Jugendleiter. Es nahmen an 40 Lehrabenden durchschnittlich 12 Lehrlinge und Junggesellen teil. Das Gebotene ist gut, und es ist nur zu empfehlen, daß sich noch mehr Junggesellen an diesen Abenden beteiligen. Dem Vorstande wurde durch Wiederwahl das Vertrauen ausgesprochen. Am Schlusse der Versammlung wurde die Resolution vom vergangenen Jahre, die jede Akkordarbeit verbietet, einstimmig wieder angenommen.

Essen. (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt, die einen sehr guten Verlauf nahm. Der Geschäftsführer der Zahlstelle erstattete den Geschäftsbericht vom Jahre 1930. Das abgeschlossene Jahr war eines der größten Krisenjahre auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiet. An Hand einer gut übersichtlichen Aufstellung konnte der Berichterstatter Aufschluß geben über den Stand der Arbeitslosigkeit. Demnach betrug der Jahresdurchschnitt in der Zahlstelle 54,7 %. Würde man die vom Beitrag befreiten und kranken Mitglieder in der Zahlstelle in Abzug bringen, so stände die Zahlstelle mit 50,7 % noch unter dem Reichsdurchschnitt. Trotzdem bedeuten diese Zahlen für mehr als die Hälfte unserer Mitglieder Elend, Hunger und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Not der Zeit hat eine größere Anzahl von Städten dazu veranlaßt, ihren Arbeitsmarkt für von auswärts Kommende vollständig zu sperren unter der Devise: „Unser Geld für unsere Arbeit, unsere Arbeit für unsere Arbeiter!" Das sind schlimme Auswüchse, denen wir aber zwangsläufig folgen mußten. Für das kommende Jahr liegen einige größere Bauprojekte vor. Im allgemeinen wird auf dem Baumarkt eine nennenswerte Aenderung kaum eintreten. Auch in diesem Jahre wird die Hälfte unserer Kameraden keine Beschäftigung haben. Im Frühjahr 1930 kam unsere Lohnpolitik zum Stillstand durch Abschluß eines neuen Lohntarifs. Heute kann man ruhig aussprechen, daß wir richtig gehandelt, indem wir dem Schiedsspruch des Tarifamtes zustimmten und dies ein Erfolg war. Ein Erfolg insofern, daß wir noch bis zum 31. März dieses Jahres Ruhe und unsern Tariflohn haben. Unser Mitgliederbestand hat sich verringert. Eine Anzahl nicht bodenständiger Kameraden ist infolge Arbeitsmangels abgereist. Etwa 10 bis 15 Kameraden sind zum Christlichen Bauarbeiterverband übergetreten, um in deren Betrieben unterzukommen, oder weil von dieser Seite eine bessere Arbeitsvermittlung erwartet wurde. Im dritten Falle sind einige Querulanten zu einer bisher im Industriegebiet unbekannten Organisation übergetreten, in der Erwartung, hier ein gewinnbringendes Tätigkeitsfeld vorzufinden. Einige dieser Kameraden haben bereits diesen Irrweg verlassen und sind wieder zu uns gekommen. Der Kassenabschluß ist wenig erfreulich. Es wurden 32 733 Marken umgesetzt, davon 17 700 Freimarken. Die zentrale Einnahme betrug 28 811,76 ℳ, die Ausgabe 27 885,36 ℳ. Die lokale Einnahme betrug 17 744,90 ℳ, die Ausgabe 15 928,50 ℳ. Die Zentralkasse hatte einen Gewinn von 2074,79 ℳ; die Lokalkasse hatte einen Verlust (einschließlich Rückstellung) von 4306,65 ℳ. Sonderunterstützung zu Weihnachten wurden an 261 Kameraden aus zentralen Mitteln 2416,40 ℳ ausgezahlt. Die Zahlstelle spricht dem Zentralvorstand für diese Maßnahme den wärmsten Dank aus. Um unsere Mitglieder zu schulen, zu den wirtschaftlichen und politischen Zeitverhältnissen Stellung nehmen zu können, die freie Aussprache zu pflegen und die Kameradschaftlichkeit und die Geselligkeit zu fördern, werden regelmäßig Versammlungen abgehalten. Im Jahre 1930 fanden statt: 4 Zahlstellenversammlungen, 102 Versammlungen in den Bezirken, 12 Versammlungen für Lehrlinge, 4 Versammlungen für unsere Poliere, 3 Platz- und Belegschaftsversammlungen, 24 Sitzungen des Zahlstellenvorstandes, 36 Sitzungen der Bezirksvorstände. Ein im Jahre 1929 begonnener Kursus über „Arbeitsrecht" wurde fortgesetzt. Hierzu hat der Zentralvorstand eine Beihilfe gewährt. Die Beteiligung unserer Kameraden in diesem Falle war gut. Weitere Gewerkschaftskurse im Anschluß an die „Volkshochschule" wurden von einer kleineren Zahl unserer Kameraden besucht. Eine über den üblichen Rahmen hinausgehende Veranstaltung war unser 46. Stiftungsfest. Der Kassierer hatte Bedenken. Jedoch der würdige und großartige Verlauf des Festes hat ihn und alle Kameraden trotz des Defizits voll befriedigt. Acht Kameraden feierten an diesem Tage ihr 25jähriges Verbandsjubiläum und wurden durch ein Diplom des Zentralvorstandes geehrt. Diese alten Kämpfer haben vorbildlich den jungen Kameraden gegenüber aufs neue die Treue zum Verbande gelobt. Das Zusammenarbeiten innerhalb des Zahlstellenvorstandes war gut. Unsere Jugendgruppe beteiligte sich am Jugendtag der freien Gewerkschaften in Köln. Unsere Kameraden tragen gern ein kleines Opfer, um unserer Jugend eine kleine Freude zu bereiten und sie in unserm Geiste zu erziehen. Es ist dies auch bitter notwendig, da von allen uns feindlich gesinnten Kreisen auf unsere Jugend eingewirkt wird, sie uns zu entfremden. Zur Erledigung der Streitigkeiten auf den verschiedenen Gebieten wurden in 7 Fällen die Schlichtungskommissionen in Essen und Gladbeck, in 13 Fällen die Arbeitsgerichte Essen, Gladbeck, Lyk und Recklinghausen, in 2 Fällen das Landesarbeitsgericht Essen, in 2 Fällen die Amtsgerichte in Essen und Steele, in 2 Fällen das Versicherungsamt in Essen angerufen. In 5 Fällen erfolgte ein außergerichtlicher Vergleich. In einigen Streitsachen wurden wir abgewiesen. Rund 43 Termine waren notwendig. Der Streitwert betrug 2126,72 ℳ. Erzielt wurden 1424,09 ℳ. Drei Fälle stehen noch aus. Sie sind inzwischen mit einer Forderung von 734,63 ℳ in voller Höhe zu unsern Gunsten entschieden. Entgegen den Vorjahren wurde der Geschäftsbericht von allen Delegierten kritiklos entgegengenommen. Dem Antrage der Revisoren wurde einmütig zugestimmt. Dadurch brachte die Versammlung dem Vorstande das vollste Vertrauen entgegen. Der Vorstand wurde somit einstimmig wiedergewählt. Nur der zweite Schriftführer war zurückgetreten. Das kommende Jahr wird auch für uns ein Kampfjahr erster Ordnung werden.

Erfurt. Am 28. Januar tagte die Generalversammlung der Zahlstelle. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Brauser in üblicher Weise geehrt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, „Vorgänge in der Zahlstelle in den Jahren 1929 und 1930", referierte Kamerad Schumann vom Zentralvorstand in ausführlicher Weise. Kamerad Bauer habe in dieser Angelegenheit ein Verhalten an den Tag gelegt, das eines gewerkschaftlich organisierten Arbeiters unwürdig sei. Der Fall Bauer-Görbing stehe in der langen Verbandsgeschichte einzig da. Trotz wiederholter Verwarnung und Hinweis auf die Folgen habe sich Bauer von seinen unkameradschaftlichen Absichten nicht abbringen lassen. Auch Kamerad Sehl habe als derzeitiger Vorsitzender der Zahlstelle in die Streitsache eingegriffen und eine Stellung eingenommen, wie man sie von einem gewerkschaftlich aufgeklärten Arbeiter, ganz besonders aber von einem Verbandsfunktionär nicht erwarten konnte. Kamerad Sehl verteidigt in sehr langen Ausführungen das Verhalten von Bauer gegenüber Görbing. Er selbst bestreitet, absichtlich zu ungunsten Görbings gewirkt und will nur die Interessen des Verbandes gewahrt haben. Der Vorsitzende verliest nachstehende Entschließung: „Die am 28. Januar 1931 im Volkshaus zu Erfurt tagende Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von der ausführlichen Sachdarstellung im Falle Bauer gegen Görbing durch Kameraden Schumann. Die Versammlung hält zwar die Handlung Görbings bei dem Vergleichsabschluß für übereilt, doch war damit eine Schädigung des Bauer nicht beabsichtigt. Das Verhalten Bauers im vorliegenden Fall widerspricht nicht nur unsern Verbandssatzungen, sondern es stellt eine Handlungsweise dar, die als unkameradschaftlich im höchsten Grade bezeichnet werden muß und deshalb entschiedenster Verurteilung verdient. Ebenso zu verurteilen ist das Verhalten des Kameraden Sehl in dieser Sache, das jede Solidarität, wie sie gegenüber langjährigen Verbandsfunktionären unter allen Umständen gefordert werden muß, vermissen läßt." In der Abstimmung stimmten 9 Kameraden für die Entschließung, 45 dagegen und 88 enthielten sich der Stimme. Im zweiten Punkt der Tagesordnung ergänzten der Vorsitzende und der Kassierer die gedruckt vorliegenden Jahresberichte und die Abrechnung vom 4. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wird dem Zahlstellenkassierer Görbing einstimmig Entlastung erteilt. In Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit regt der Vorsitzende Vertagung der Versammlung an; die Anregung wird abgelehnt. Im Punkt „Vorstandswahl" werden Wiehle und Sehl als Vorsitzende in Vorschlag gebracht. Auf Anraten von Schumann zieht Sehl seine Kandidatur zurück und beantragt, Vertagung der Wahl des Vorsitzenden. Dieser Antrag wird abgelehnt. Bei der Wahl erhält Kamerad Wiehle 37 Stimmen Kamerad Sehl 57 Stimmen. Nach einer Erklärung von Schumann sind die auf Kameraden Sehl entfallenden Stimmen ungültig, da er ausdrücklich auf seine Kandidatur verzichtet habe. Bei der Wahl des Kassierers erhält Kamerad Görbing 46, Kamerad Heise 48 Stimmen. Als Schriftführer wurden die Kameraden Jünemann und Zöllner wiedergewählt. Bei der Wahl des Jugendleiters stellt Kamerad Sehl den Antrag, diese Wahl zurückzustellen. Auch dieser Antrag wird abgelehnt und Kamerad Eckhard jun. als Jugendleiter gewählt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die von 142 Kameraden besuchte Versammlung geschlossen.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 70.)

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Bevölkerungslehre

Die Bevölkerungslehre gibt uns ein Bild von der Stellung des einzelnen zur gesamten Gesellschaft. Sie belehrt uns über deren Zusammensetzung nach Geschlechtern, Lebensalter und beruflicher Gliederung, nach ihren Veränderungen durch Ortswechsel, Geburten, Krankheit, Todesfälle; sie untersucht die Wandlungen in dem Wechsel der Zeiten, um deren Ursachen aufzuklären und daraus Schlüsse zu ziehen. Zuletzt dient sie als Kontrollprobe für die Richtigkeit oder Irrtümlichkeit von Folgerungen, die aus Beobachtungen mit andern Methoden oder aus Theorien und Lehrmeinungen gezogen worden sind. Ohne zahlenmäßige Erfassung gehen wir leicht irre in der Schätzung der einzelnen Werte und ihres Vergleichs, aber erst die benannte Zahl gewinnt Leben, und niemals darf unberücksichtigt bleiben, daß die Beobachtungen nicht nur gezählt werden, sondern daß die gezählten auch durchdacht werden müssen.

Die Hauptmethode der Bevölkerungslehre ist die Statistik, die zahlenmäßige Erfassung der Erscheinungen innerhalb einer Gesellschaft. Nicht alles läßt sich auszählen; zunächst sind nur die Zustände mit der Statistik erfaßbar; erst durch den Vergleich oder das Aneinanderreihen verschiedener Ergebnisse an verschiedenen Orten oder zu verschiedenen Zeiten oder unter veränderten Bedingungen erhält man ein anschauliches Bild der Veränderungen und eine Grundlage für Folgerungen; das bloße Nennen einer Zahl kann höchstens einen Anfänger oder Unerfahrenen verblüffen, an sich ist sie wertlos ohne Vergleich. Man verfährt im praktischen Leben auch nie anders. Es ist lehrreich, daß das Entstehen der Statistik gerade an die Bevölkerungsbewegung anknüpft. Von Volkszählungen ist schon in der Bibel die Rede, sie dienten in erster Linie Steuerzwecken. Die außerordentlich hohen Seuchenverluste durch Pestausbrüche im fünfzehnten Jahrhundert gaben den französischen Königen Anlaß zu Gesetzen, in denen die Aufzeichnungen von Geburten, Sterbefällen und Todesursachen in den Kirchenbüchern angeordnet wurden; und solche Aufzeichnungen in Kirchenbüchern und städtischen Chroniken, soweit sie nicht durch Kriege, in Deutschland namentlich durch den Dreißigjährigen Krieg, vernichtet wurden, sind noch jetzt für uns Fundstellen zum Vergleich der früheren Geburtszahl und Sterbezahl im Wechsel der Jahrhunderte mit der gegenwärtigen; sie geben auch Auskunft über das Vorkommen und das Vorherrschen und Verschwinden mancher besonders gefährlichen Krankheit und den Zusammenhang ihres Auftretens mit Lebensgewohnheiten. Erst um den Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurden in der Mehrzahl der Länder staatliche Aemter geschaffen, denen alle diejenigen Erhebungen übertragen wurden, an deren Feststellung die Staatsverwaltung ein Interesse hatte. Wenn auch die Kriegswirren der napoleonischen Zeit manche Unterbrechung hervorriefen, so entwickelten sich später Methodik und Technik der staatlichen Erhebungen immer vollkommener, und gegenwärtig sind die staatlichen Aemter wichtige Zweige der Verwaltung und Hilfsmittel für die Politik. Man kann und muß zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken sehr zahlreiche Zustände der Auszählung unterwerfen, und da jederzeit die Verwaltung auf dieses Material zurückgreifen kann, muß es vollständig bereit und auf dem laufenden gehalten werden. Ebenso wichtig wie die Bevölkerungsstatistik ist die Statistik der Erzeugung und des Verbrauches der Nahrungsmittel, der Leistungen und Erträge von Industrie und Handel, des Finanzwesens, einschließlich der Steuerverhältnisse, der beruflichen Gliederung der Bevölkerung, der Schul- und Bildungsverhältnisse usw. durch diese Entwicklung ist die Bevölkerungslehre im engeren Sinne zu einem Teil der Statistik geworden, mit der sie die Methoden der Bearbeitung gemeinsam hat.

Man kann die gesamte Statistik, also auch die Bevölkerungslehre, in drei Teile zerlegen. Ihr erstes Gebiet ist die berufliche oder amtliche Statistik. Die Voraussetzung einer jeden zahlenmäßigen Betrachtung ist die Beschaffung des Materials, die Prüfung seiner Zuverlässigkeit unter Ausmerzung von vermeidbaren Fehlern, dann die Auszählung und Ordnung der Ergebnisse, und schließlich die Veröffentlichung zum allgemeinen Gebrauch. Da nur die Behörden Macht und Mittel besitzen, um die Auszählungen vorzunehmen, ist ihre Durchführung in deren Hand gelegt, und da die Vorbereitung, Leitung und Bearbeitung fachliche Kenntnisse voraussetzt und volle Tätigkeit beansprucht, ist die Tätigkeit zum Hauptberufe geworden.

Dementsprechend besitzt jedes Kulturland ein eigenes statistisches Amt. In Deutschland besteht ein reichsstatistisches Amt, das alle einzelnen Zweige bearbeitet; nur die Statistik der Bevölkerungsbewegung ist von ihm getrennt und wegen der besonderen Interessen dem Reichsgesundheitsamt übertragen, das dem gleichen Ministerium, dem des Innern, untersteht; gewisse Fragen der Arbeiterversicherung werden noch eingehender im Reichsversicherungsamt bearbeitet. Sonst haben die einzelnen Verwaltungszweige keine eigenen statistischen Aemter für ihre Sonderaufgaben, sondern sind auf das Hauptamt angewiesen. Ferner besitzt gesondert jedes größere Land in Deutschland noch sein eigenes statistisches Landesamt, das dadurch nicht nur in die Lage kommt, einzelne Sonderfragen eingehend zu behandeln, sondern das auch im Auftrage der Reichsämter die Zählungen und ersten Erhebungen vornimmt und dann an diese zur Zusammenstellung weitergibt. Die Reichsstatistik geht natürlich in Deutschland erst bis in das achte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zurück und untersucht die einzelnen Fragen mehr summarisch, indem es die Hauptergebnisse zusammenfaßt. Die statistischen Aemter der Länder verfügen über ein viel weiter zurückreichendes Material, und einige von ihnen zeichnen sich durch besonders große Zuverlässigkeit der Erhebungen und durch Eingehen auf Sonderfragen aus. Seit geraumer Zeit haben sich die Großstädte eigene statistische Aemter geschaffen und deren Leitung Fachmännern unterstellt, die noch viel mehr als die statistischen Aemter der Länder Einzelfragen auszählen und untersuchen können, wie zum Beispiel die Verteilung der Geburten und Sterbefälle nach Todesursachen, nach Vermögenslage, der Wohnungsgröße und der Zahl der Wohnungsinsassen; Fragen, deren Wichtigkeit für die Gesundheitspolitik einleuchten, und auf die man eine Antwort nur aus der Städtestatistik erhält.

Will man verschiedene Zeiten und Länder vergleichen, so müssen die Erhebungen und Auszählungen alle gleichmäßig sein. Das wird unmöglich, wenn nur in dem einen Land bei Geburten und Sterbefällen die Geschlechter getrennt oder wenn die Todesursachen verschieden benannt und eingeteilt werden. Deshalb ist schon lange ein Zusammenschluß der amtlichen statistischen Einrichtungen geplant und teilweise durchgeführt, um überall Gleichmäßigkeit zu erzielen. Die deutschen Städtestatistiker haben sich seit mehreren Jahren zusammengeschlossen und notwendige Gleichmäßigkeit in allen Einzelheiten durchgeführt. Sie geben ein Jahrbuch heraus, in dem die Hauptergebnisse laufend zusammengestellt werden, so daß man über die wichtigsten Veränderungen und Verschiedenheiten in den einzelnen Städten sehr schnell ein richtiges Bild erhält. Aber auch die verschiedenen Kulturländer haben sich langsam zu einem halboffiziellen internationalen statistischen Büro zusammengeschlossen, das, aus Praktikern und Theoretikern zusammengesetzt, nicht nur die Methoden der Bearbeitung stetig bessert, sondern vor allem auch auf die Einheitlichkeit der Erhebungen hinarbeitet. Der Weltkrieg hat natürlich auch diese internationale Arbeit unterbrochen. Aber gewisse Fragen, wie namentlich die einheitliche Bezeichnung und Bearbeitung der Todesursachen und ihre Gruppierung, sind seit dem Frieden schon wieder aufgenommen worden.

(Aus „Das Heilwesen der Gegenwart".)

Auf Celebes

Mein Herz ist müd'
und müd' sind meine Sinne.
Zu viele Sonnen haben mich durchglüht
und fern, vergessen, ist die letzte Minne.

Die Liebe starb,
Erinnerung blieb nur als Schatten.
Was voll geblüht: zerfiel, verdarb
in welker Schwäche, einer Fäulnis — matten.

Der Tag ist hart
und bös sind meine Träume.
Die wilde Sehnsucht hat mich wild genarrt
und fortgetrieben durch des Erdballs Räume

Der Mensch ist arm
und arm ist seine Sehnsucht.
Er lebt, ein Narr, voll Hast und Harm:
von seinem eingeborenen Trieb verflucht.

Die Welt ist groß
und groß ist ihre böse Gier:
der Mensch allein, elend und bloß,
verwüstet sie, ein gottgeschlagenes Tier.

Kurt Offenburg.

Der große Wundertäter

Mein täglicher Weg führt mich am Hirsich-Häusel vorbei. Der Hirsich-Mäuer, dem das schindelgedeckte Hüttlein von Vaters-Vater her vererbt wurde, tut, was er kann, um es vor dem völligen Einsturz zu retten! Aber — der Hirsich-Mäuer kann nicht eben gar viel! Er kleckst Jahr für Jahr mal hier eine Ecke an, zieht mal dort einen neuen Stützbalken ein, bessert auch zwischendurch wieder ein paar verfaulte Schindeln aus, aber trotzdem wird die alte Kate immer baufälliger und elender.

Hirsich-Mäuer ist nach dem Urteil seiner „Nuppersleut'" „een aaler guder Kerle", wobei man den Ausdruck gut mit — dumm und einfältig — zu übersetzen hat. Ich weiß noch, welche Schwierigkeiten es dem Hirsich-Mäuer machte, als er bei eingetretener Arbeitslosigkeit stempeln ging und seine Papiere nicht beieinander hatte. Nie hatte er sich doch bisher um Steuerkarte, Invaliden- und Krankenkassenbeiträge gekümmert. Alles das hatte er stets dem guten oder schlechten Willen des Unternehmers überlassen. Nun war natürlich nichts in Ordnung. Der Hirsich-Mäuer mußte infolgedessen auf die Auszahlung der ersten Arbeitslosenunterstützung Wochen und Monate warten! Es war eine elende Zeit gewesen. . . .

Seine Pauline nahm das aber als Gottes Schickung hin. Alle Morgen und bei jedem Wetter lief sie zur Frühmesse. Aber die Unterstützung wurde auch trotz ihrer vielen Bitten an den Heiligen Judas Thaddäus, dem großen Wundertäter, nicht früher ausgezahlt, bis alle erforderlichen Papiere beisammen waren.

Durch ihr ständiges Reden von dem großen Wundertäter Thaddäus, der angeblich in besonders verzweifelten Lebenslagen ein hervorragender Nothelfer sein soll, hatte Pauline endlich auch ihren Mann, den Hirsich-Mäuer, veranlaßt an dessen Hilfe zu appellieren. Und — o Wunder! Eines guten Tages komme ich wieder am Hirsich-Häusel vorüber. Vor der Tür steht gerade der Briefträger und händigt dem Hirsich etliche Briefsachen aus. Ganz beglückt und stolz ruft mich mein Nachbar herbei und zeigt mir eine Drucksache mit seiner an ihn gerichteten Adresse, wie sie zu Tausenden von irgendeiner Kirchenbehörde an alle möglichen Adressaten verschickt werden zum Zwecke wohltätiger Sammlungen. Diese Drucksache nun kam aus Wien und hatte folgenden Wortlaut:

Wien, Datum des Poststempels.

Euer Hochwohlgeboren!

Sie befinden sich sicher auch in großer Not. Wenden Sie sich doch an den hl. Apostel Judas Thaddäus, der überall als der große Wundertäter in verzweifelten Lebenslagen verehrt wird! Nehmen Sie doch zu ihm vertrauensvoll Ihre Zuflucht! Sicher wird Ihr Flehen noch eher erhört, wenn Sie Ihr Gebet mit einem Almosen bekräftigen. Es bietet sich Ihnen eine schöne Gelegenheit. Denn in der Großstadt Wien, wo seit dem Jahre 1918 etwa 160 000 Personen aus der Kirche ausgetreten sind und die Zahl der konfessionslosen Kinder auf 9000 gestiegen ist, wollen wir in einem armen Arbeiterviertel dem hl. Judas Thaddäus eine Kirche erbauen . . . helfen auch Sie uns . . . kaufen auch Sie einen Baustein! In unserm Gebet wollen wir dann vom großen Nothelfer erflehen, daß er auch Ihnen helfe in Ihrer wirtschaftlichen Not, in Ihren Sorgen um Wohnung, um eine gute Stelle usw.

Unterschrift: . . . . . .
Befürwortet: . . . . . .
Kardinal und Erzbischof von Wien."

Anschließend eine Aufforderung zur Einzahlung auf das Postscheckkonto Nummer 5862.

Hirsich-Mäuer sah mich erwartungsvoll an. „Was sagen Sie dazu, daß der Herr Erzbischof selber an mich schreibt?" meint er endlich hochgeehrt. Ich wollte dem Mann nicht die Freude nehmen, die er durch die ihm „persönlich angetane Ehre" empfand und erklärte ihm darum nicht, wieso der große Kardinal und Erzbischof im fernen Wien gerade an den armen Hirsich-Mäuer im schlesischen Bergdorfe gedacht hat, als er um ein Almosen für seinen Kirchenbau bat! Vielleicht wäre es doch richtiger gewesen, ich hätte dem armen Tropf die persönliche Ehre des Herrn Erzbischof ausgeredet! So, wie ich den Hirsich-Mäuer mitsamt seinem Weib kenne, hungern sie weiter, lassen noch weiter ihr baufälliges Häusel verelenden und zahlen von der nächsten Arbeitslosenunterstützung einen Beitrag für einen oder mehrere Bausteine der Hl.-Judas-Thaddäus-Kirche im fernen Wien auf das Postscheckkonto Nummer 5862 ein! Der hl. Judas Thaddäus ist ja der große Wundertäter. Vielleicht tut er auch einmal ein Wunder an dem armseligen, baufälligen Hirsich-Häusel, ehe es gänzlich umfällt!

Entstehungsursachen der Brände

Nach der Statistik der Feuersozietät der Provinz Brandenburg entfielen 1929 vom Gesamtschadenbetrag 33,4 % auf vorsätzliche Brandstiftung, 18,1 % auf unermittelte Ursachen, 48,5 % auf Blitzschlag, Selbstentzündung, Explosion, Funkenflug, fehlerhafte bauliche Einrichtungen, elektrische Anlagen und Fahrlässigkeit. Die Schadenfälle durch fahrlässige Brandstiftung verteilen sich folgendermaßen: 682 durch Zündhölzer, Feuerwerkskörper und Rauchen; 984 durch Lagern oder Aufhängen von Gegenständen an Oefen; 792 durch Herausfallen von Kohle, Stichflammen und Funken aus Oefen; 443 durch elektrische Hausgeräte.

Das sind nur die Zahlen einer einzigen Versicherung in einer einzigen Provinz! Alle diese Fahrlässigkeiten waren vermeidbar! Es fehlt offenbar immer noch an genügender Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. Die üblichen Tafeln mit gedruckten Texten, Warnungen und Verboten nützen nichts. Man muß zeitgemäß mit auffallenden Bildplakaten arbeiten, die den Blick zwangsläufig auf sich lenken, zur Ueberlegung und Verantwortung aufrufen und das Gewissen schärfen. Die gemeinnützige Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37, gibt derartige Plakate auch an Nichtmitglieder des Verbandes zu den denkbar billigsten Preisen (25 ₰ für ein vielfarbiges Plakat 42 × 59,4 cm, bei Mehrbestellung Ermäßigung) ab. Sie gehören in jeder Stadt und in jedem Dorf in jedes öffentliche Gebäude, in Wartеräume, Amtsstuben und an die besonders brandgefährdeten Stellen jedes gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes. Auch die Broschüre „Feuerverhütung!" (15 ₰), reich illustriert, voll praktischer Ratschläge, besonders für die Verteilung an Arbeiter, Angestellte, Dienstboten, auch in Schulen sehr geeignet, leistet vorzügliche Erziehungsarbeit. Anfragen an obige Anschrift erbeten.

Jeder Brand ist, selbst wenn er versichert war, eine nicht wieder gutzumachende Zerstörung von Werten, die dem Volksvermögen verloren sind. Jedes erhaltene Stück unserer Sachwerte, jede Mark, die dadurch gespart wird, trägt mit bei zur Gesundung der Wirtschaft.

Gernrode. Am 25. Januar fand eine Versammlung im Kreisheim statt. Kamerad Kabelitz, Wernigerode, hielt einen interessanten Vortrag. Der Redner griff in das 18. Jahrhundert zurück und schilderte den Kampf und den Aufstieg der Arbeiterbewegung bis vor dem Kriege. Er streifte auch die Krisenjahre der Vorkriegszeit, in der das Bauhandwerk ebenfalls sehr zu leiden hatte. Die Entwicklung der Unternehmerorganisationen schilderte der Redner ebenfalls eingehend. Den Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne radikal zu senken, müssen die Gewerkschaften mit aller Macht entgegentreten. Die Arbeitsverhältnisse, die immer schlechter werden, bedingen die Einführung der 40-Stundenwoche. Kamerad Kabelitz ermahnte die Kameraden, auch weiter zusammenzuhalten und für den Verband zu werben und kämpfen. Die Rede fand großen Beifall bei den Kameraden. Nach Erörterung einiger Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gollnow. (Jahresbericht.) Unsere am 20. Januar tagende Generalversammlung war von 21 Kameraden besucht. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden, Kamerad Pausch, und der Kassenbericht von Kamerad Jahnke vorgetragen. Hieran schloß sich eine rege Aussprache. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Gauleiter Kamerad Burmester hielt anschließend einen Vortrag über Wirtschafts- und lohnpolitische Tagesfragen. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer durch seine verständliche Vortragsweise zu fesseln. In der Diskussion hatten eine Reihe von Kameraden Anfragen an den Gauleiter zu richten. Das war der beste Beweis, mit welchem Interesse die Kameraden den Vortrag verfolgt hatten. Hiermit wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit dem Hinweis an die Kameraden, ihm in seiner Tätigkeit im kommenden Jahre rege zu unterstützen, geschlossen. — Jahresbericht. Das Berichtsjahr war für die Zahlstelle ein Krisenjahr und dadurch von großer Arbeitslosigkeit begleitet. Es fanden drei Vorstandssitzungen und sechs Monatsversammlungen statt. Bei dem Arbeitsgericht mußten fünf Klagen eingereicht werden, vier davon wurden zu unsern Gunsten entschieden. Es wurden zusammen 557,80 *M* für die Kameraden durch Urteil herausgeholt. Bei der Firma Klitzing wurde mit erheblichen Ueberstunden gearbeitet, trotzdem in der Zahlstelle noch eine ganze Anzahl erwerbsloser Kameraden vorhanden war, deshalb wurde das Gewerbeaufsichtsamt angerufen und auch Abhilfe geschaffen. Die Bautätigkeit in der Zahlstelle ließ viel zu wünschen übrig. Am Schluß des Jahres waren von 59 Kameraden 4 Kameraden in Arbeit. Trotz der schlechten Wirtschaftslage haben die Kameraden die Pflicht, im kommenden Jahr fest zusammenzustehen, um die Abbaupläne der Unternehmer zunichte zu machen.

Güstrow. In der Generalversammlung am 26. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Das vergangene Jahr stand unter dem Zeichen wirtschaftlicher Depression. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Durchschnitt 91 Tage pro Mitglied oder 27,6 %. Die stärkste Arbeitslosigkeit lag im Anfang des Jahres. Den niedrigsten Stand erreichte die Arbeitslosigkeit in den Monaten Juli und September. Eine Vergleichsmöglichkeit mit der Arbeitslosigkeit der Vorjahre innerhalb der Zahlstelle besteht leider nicht, da statistische Unterlagen dafür fehlen. Der Versammlungsbesuch erwies sich gegenüber den Vorjahren als stabil, läßt aber trotzdem noch zu wünschen übrig. Vor der Schlichtungskommission wurde ein Streitfall verhandelt und durch Vergleich beigelegt. Eine Klage vor dem Arbeitsgericht wurde zurückgezogen, da eine Aussicht auf Erfolg in Frage stand. Bei den Lohnverhandlungen im März 1930 konnte die Forderung der Unternehmer von 10 % Lohnabbau verhindert werden. Der Jahreskassenbericht des Kassierers ergab eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse der Zahlstelle. Die Gesamteinnahme der Zentralkasse ergab einen Betrag von 2833,92 *M*, die Ausgabe betrug 2961,95 *M*. Die Lokalkasse schloß mit einem Bestand von 382,60 *M* ab. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Bei der Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Arbeitszeitfrage berührt. Kamerad Hildebrand ersuchte die Kameraden, insbesondere die Platzdelegierten, bei den Arbeitgebern darauf hinzuwirken, die tarifliche Winterarbeitszeit von 6½ Stunden möglichst lange beizubehalten. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch einen kurzen Bericht über den Funktionärschulungskursus in Bernau, der von den Kameraden mit Interesse aufgenommen wurde.

Halle an der Saale. (Jahresbericht.) Das Geschäftsjahr 1930 stand im Zeichen der Wirtschaftskrise, die sich insbesondere im Baugewerbe katastrophal auswirkte. Im Zahlstellengebiet war die Bautätigkeit die denkbar schlechteste gegenüber dem Vorjahr. Die Privatbautätigkeit war daher ebenfalls sehr eingeschränkt und bezüglich der Unsicherheit auf politischem Gebiet fast nicht in Erscheinung getreten. Die Lohnbewegung im Frühjahr ergab die alten Lohnsätze bis zum 31. März 1931. Die Unternehmer forderten damals bereits einen Lohnabbau von 15 ₰ pro Stunde. Alle Kraft muß aufgeboten werden, um bei den kommenden Auseinandersetzungen die Unternehmeroffensive zum Stillstand zu bringen und eine Senkung der Arbeitszeit herbeizuführen. Ein Rundschreiben des Bezirksarbeitgeberverbandes für das Baugewerbe vom Oktober des vorigen Jahres besagt bereits, daß die Vorsitzenden der Bezirke und Orte angewiesen werden, zu berichten, welchen Lohn sie für die Folgezeit als angemessen erachten und mitzuteilen, ob bereits unter Tarif gearbeiter würde. Innerorganisatorisch wurde im Berichtsjahr eine ganze Reihe von Vorträgen der Situation entsprechend abgehalten. Auch in den Außenbezirken war ein reges Versammlungsleben. Es wurden in den Bezirken 20 und in Halle selbst neun Versammlungen abgehalten. Auch auf dem Gebiete der Schulungsarbeit wurde erfolgversprechende Arbeit geleistet. Wochenendkurse in Alsleben und Halle vom Ortsausschuß des ADGB. durchgeführt, wurden von der Organisation beschickt. Ein Schulungskursus in Bad Landeck wurde ebenfalls von einem Teilnehmer besucht. Mit der Herausgabe des „Zimmerpolier" wurde auch in Halle wieder eine Polierabteilung ins Leben gerufen. In dieser Gruppe sind 37 Kameraden zusammengefaßt, die ebenfalls eine rege Tätigkeit entwickelt hat. Die Lehrlingsabteilung hatte ihr früher gezeitigtes Interesse etwas vernachlässigt. Mit Beginn der Wintermonate setzte wieder regeres Leben ein, und die Modellierabende werden wieder regelmäßig durchgeführt. Im Arbeitsrecht machten sich insbesondere Lehrlingsstreitigkeiten bemerkbar. Die Unternehmer schickten bei Auftragsmangel einfach die Lehrlinge nach Hause. Einer Anzahl von Unternehmern mußte erst vor dem Arbeitsgericht klargemacht werden, daß sie die Verträge zu erfüllen haben. Auch der Bauarbeiterschutz fand im Berichtsjahr die notwendige Anerkennung, zwei große Konferenzen und drei Sitzungen mit der Kommission waren notwendig, um die Voraussetzung für die Betreuung und Durchführung der Bautenkontrolle zu erledigen. Der Kassenbericht über das Berichtsjahr ergab, daß auf dem Gebiete der Leistungsfähigkeit die Organisation infolge der großen Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen wurde. Es wurden verausgabt an Arbeitslosenunterstützung 10 661,75 *M*, Krankenunterstützung 1743,40 *M*, Invalidenunterstützung 1900 *M* und Weihnachtsbeihilfe 2873 *M*. Die Mitgliederbewegung war konstant geblieben, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Die Zahlstelle konnte mit Schluß des Berichtsjahres 800 Mitglieder registrieren. Die Arbeitslosenziffer schwankte zwischen 55 und 65 %. In Halle selbst waren davon mindestens 75 % ausgesteuert. Zu dem gegebenen Geschäftsbericht hatten die Anhänger der RGO. alles mögliche und unmögliche zusammengetragen, um den auf den Boden der Gewerkschaftseinheit stehenden Zahlstellenvorstand zu beseitigen. Mit den unsaubersten Mitteln versuchten sie den Vorstand zu verdächtigen und zu verleumden. Diese Methoden fanden aber bei der Mehrheit keinen Anklang. Trotzdem sie sieben RGO.-Anhänger aufmarschieren ließen, konnten sie nicht im geringsten den Geschäftsbericht entkräften. Im Schlußwort wurde dieser Richtung mit aller Deutlichkeit die Auswirkungen ihrer Politik vor Augen geführt, die die Einheit und Geschlossenheit aufs äußerste gefährdet. Die kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse muß eine schlagkräftige und einige Arbeiterschaft vorfinden, die aber nur in den freien Gewerkschaften vereinigt sein kann. Bei der Neuwahl wurden die Vorschläge des Vorstandes bis auf einige Aenderungen mit großer Mehrheit angenommen. Unter Verbandsangelegenheiten wurden noch einige wichtige Fragen über die Lohnbewegung der Holzarbeiter gemacht. Weitere in der Versammlung gestellten Anträge wurden dem Vorstand überwiesen.

Helmstedt. (Jahresbericht.) Am 4. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Bautätigkeit im Berichtsjahr ganz gering war. Bis April waren alle Kameraden arbeitslos. Erst im Spätsommer gelang es mehreren Kameraden, am Kraftwerkbau in Arbeit zu treten. Zu den Bildungsversammlungen der Zahlstelle waren die Kameraden Köhlert und Ziemann, Magdeburg, als Referenten erschienen. Versammlungen fanden im Berichtsjahr insgesamt zehn und zwei Vorstandssitzungen statt. Ferner fanden mehrere Sitzungen wegen Lohnklassenversetzung statt, an denen auch Gauleiter Kamerad Schmidt anwesend war. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 43 Kameraden. Der Tariflohn wurde auf sämtlichen Arbeitsstellen gezahlt. Auch in der Lehrlingsbewegung wurde alles unternommen, was notwendig war. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Anschließend hielt Kamerad Kahmann, Magdeburg, seinen Vortrag über Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen. Das Referat wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und mit Beifall aufgenommen. Was die nachfolgende Diskussion auch bekräftigte. Sodann ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, in dieser schweren Zeit fest und treu zusammenzustehen. Anschließend wies der Vorsitzende auf den Ablauf des Reichstarifvertrages hin und schloß dann die gut besuchte Versammlung.

Isny. (Jahresbericht.) Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende begrüßte in der üblichen Weise die Erschienenen sowie auch den Gauleiter Rempt, der erschienen war, um in einem Vortrage über die wirtschaftliche Lage zu berichten. Der Kassierer gab seinen Kassenbericht vom letzten Quartal sowie vom ganzen Jahre bekannt. Er führte den Anwesenden vor Augen, was wir für den Verband gezahlt haben und wieder herausgeholt haben. Hierauf gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht bekannt. Versammlungen wurden 11 abgehalten, verbunden mit 7 Referaten. Die Versammlungen waren durchweg von 80 bis 90 Prozent der Kameraden besucht. Um den Angehörigen der Mitglieder Einblick in das Gewerkschaftsleben zu verschaffen, wurde ein Ausflug durchgeführt, und zwar besuchten wir die Zahlstellen Ravensburg und Friedrichshafen. Von den dortigen Kameraden wurden wir auf das herzlichste begrüßt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Tarif und die Arbeitszeit wurden eingehalten. Die Arbeitslosigkeit machte auch in unserer Zahlstelle nicht halt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, fernerhin die Treue zum Verband zu halten.

Königsberg i. Pr. (Jahresbericht.) Am 18. Januar fand unsere Zahlstellenversammlung statt, in der vom Vorsitzenden und Kassierer ein Ueberblick über das verflossene Jahr gegeben wurde. Die Zahlstelle hat sich trotz der großen Arbeitslosigkeit und der schärfsten Angriffe der kommunistischen Gegner gut entwickelt und steht wieder gefestigt da. Ein Ausblick auf das neue Jahr zeigte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich noch schlechter gestalten können als im Vorjahre, was den Arbeitgebern in Lohnabbauabsichten noch bestärkt, da aus ihrer Zeitung zu ersehen ist, daß sie jetzt schon dazu rüsten. Es wurde beschlossen, die Jahresberichte den Mitgliedern gedruckt zuzustellen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, der sich zur Zeit nicht am Orte befindet, wiedergewählt. Neu hinzu kam ein jüngerer Kamerad als Schriftführer. Beschlossen wurde, daß diejenigen Kameraden, die sich im vorigen Jahre verleiten ließen, in den von den Ausgeschlossenen gegründeten Verband einzutreten, nur noch bis zum 15. Februar mit ihren alten Rechten übernommen werden, von da an können sie nur noch als neue Mitglieder aufgenommen werden. Am 20. Januar fand die Mitgliederversammlung statt, wo auch ein Rückblick über das verflossene Jahr und die Beschlüsse der Zahlstellenversammlung bekanntgegeben und von den anwesenden Kameraden ohne jede Diskussion entgegengenommen wurde. Nach Erledigung einiger Anfragen wurden die Kameraden vom Vorsitzenden zu mehr Aktivität auf den Baustellen gegenüber den Gegnern ermahnt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Langenbielau. (Jahresbericht.) Wenn man sich die Jahresberichte der Vorjahre in Erinnerung bringt, so hat man stets gehofft, daß sich die wirtschaftliche Lage mit dem Jahre 1930 doch bessern würde. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Arbeitslosigkeit und damit auch die Wirtschaftsnot unserer Kameraden hat sich noch wesentlich verschlimmert. Das Jahr 1930 setzte mit großer Arbeitslosigkeit ein, und erst spät im Frühjahr begann die Arbeit, und es war in diesem Sommer eine Bautätigkeit, wie wir sie wohl alle nicht erwartet hatten. Es sind zwar fast sämtliche Zimmerer beschäftigt gewesen, aber durch die Hast der Arbeit war alles wieder so schnell zu Ende, daß viele Kameraden nicht die 26 Wochen, die für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erreicht werden müssen, aufbringen konnten. Am Jahresschluß waren fast wieder sämtliche Kameraden arbeitslos. Die Lohnverhandlungen haben für uns Zimmerer eine Enttäuschung gebracht, denn es wurde in zweiter Instanz ein Spruch gefällt, wodurch der Lohn um 2 ₰ verringert wurde, dagegen brachte er uns eine Werkzeugentschädigung von 2 ₰. Mithin wurde der Lohnsatz von 99 auf 97 ₰ verringert, die Werkzeugentschädigung jedoch um 2 ₰ verbessert. Durch die zentrale Weihnachtsunterstützung gelangten an 35 Mitglieder 244,50 *M* zur Auszahlung. Der Mitgliederbestand betrug 94 Kameraden, einschließlich Lehrlinge. Der Lokalkassenbestand hat sich im Laufe der letzten drei Jahre beträchtlich verringert und betrug am Schluß des 4. Quartals im Berichtsjahr 704,62 *M*. An drei Mitglieder wurden für 32 Monate an Invalidenunterstützung 320 *M* ausgezahlt; ferner für verbranntes Handwerkszeug 52 *M*. Für durchreisende Kameraden wurden aus der Lokalkasse 14 *M* verausgabt. An Zusammenkünften fanden im Jahre 1930 statt: 1 Generalversammlung, 8 Versammlungen. Außerdem waren 4 Ausschuß- und 5 Vorstandssitzungen notwendig. Um den Versammlungsbesuch zu fördern, hat sich der Vorstand die größte Mühe gegeben und alles darangesetzt, aber der erhoffte Erfolg blieb aus. In den 9 Versammlungen waren insgesamt 262 Mitglieder anwesend. Am Schluß des Berichtes wurde an die Kameraden die Mahnung gerichtet, auch im Jahre 1931 die Organisation hochzuhalten und dies speziell durch regen Versammlungsbesuch zum Ausdruck zu bringen und ferner auch diejenigen zu belehren, die der Auffassung sind, unsere Organisation hätte für sie keinen Wert. Jeder einzelne muß sich dafür einsetzen, daß die Zahlstelle und der gesamte Zentralverband wachse, blühe und gedeihe.

Liegnitz. Am 20. Januar fand unsere diesjährige Hauptversammlung im Volkshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kameraden Reimann in üblicher Weise geehrt. Hierauf erstattete der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Anschluß gab Vorsitzender Kamerad Zobel den Geschäftsbericht und führte aus, daß im verflossenen Jahre 13 Vorstandssitzungen getagt und 14 Versammlungen mit einem Durchschnittsbesuch von 77 Kameraden, ferner ein Kinderfest stattgefunden haben. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresschluß 297. Davon konnten 11 Kameraden auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Ebenfalls hat die Zahlstelle am roten Tag, der Maifeier und der Revolutionsfeier demonstrativ teilgenommen. Hierauf erstattete der Kassenführer ebenfalls zusammenfassend den Jahreskassenbericht. Nunmehr wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Die Wahl des ersten Vorsitzenden und Kassenführers wurde per Stimmzettel vorgenommen und ergab einstimmige Wiederwahl. Unter „Verschiedenes" wurde ermahnt, das Volkshaus nach besten Kräften zu unterstützen, ferner die Lehrlinge auf den Besuch der Jugendversammlungen hinzuweisen. Hierauf wurde die von 110 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Löhlbach. (Jahresbericht.) Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 11. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und betonte unter anderm, daß sieben Versammlungen stattfanden. Kamerad Wilhelm, Frankfurt am Main, hielt in einer Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Gewerkschaft und Wirtschaft". Seitens der Organisation wurden sieben Klagen beim Arbeitsgericht und zwei Klagen beim Spruch-Ausschuß geführt, alle Klagen fielen zugunsten der Kameraden aus. Als Folge der großen Wirtschaftskrise sind zur Zeit 80 % der Kameraden arbeitslos. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal, der für gut befunden wurde, und auf Antrag wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz. (Jahresbericht.) Am Dienstag, 27. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Das Andenken der drei verstorbenen Kameraden ehrten die Kameraden durch Erheben von den Sitzen. Der Vorsitzende betonte in seinem Geschäftsbericht, daß die ungeheure Wirtschaftsnot auch in unserm Zahlstellengebiet besonders stark zutage getreten ist. Zu Beginn des Berichtsjahres hatten wir 70 % arbeitslose Kameraden, deren Zahl vom März bis August nur ganz gering zurückging und am Jahresschluß mit 90 % an der Spitze des Gaues stand. Im Berichtsjahre fanden 7 Vorstandssitzungen, 8 Versammlungen und 2 Vertrauensmännersitzungen statt. Ferner wurden 2 Klagen vor dem Arbeitsgericht zu unsern Gunsten entschieden. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß die Bautätigkeit in der Zahlstelle, abgesehen von einzelnen kleinen Bauten, vollständig daniederliegt und eine Besserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Da keine Diskussion gewünscht wurde, konnte zum

Kassenbericht geschritten werden. Kamerad Neuder erstattete denselben, und es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme des zweiten Schriftführers. Kamerad König gab den Kartellbericht und machte einige Ausführungen über die Kranken- und Invalidenversicherung. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Miesbach. Die Generalversammlung der Zahlstelle fand am 25. Januar statt. Die ersten zwei Punkte wurden ohne Erinnerung erledigt. Im dritten Punkt gab Kamerad Gruber den Kassenbericht, der ohne Einwendung angenommen wurde. Die Revisoren berichteten, daß die Kasse sowie Bücher in bester Ordnung seien. Es ist nur zu erwähnen, daß noch weitere Beihilfen aus der Lokalkasse gegeben wurden, so daß auch der Lokalfonds etwas geschmälert wurde. Im Interesse der finanziellen Notlage der Erwerbslosen wurden die Mittel genehmigt. Hierauf erfolgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. An Versammlungen haben insgesamt 11 stattgefunden. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch schwankte zwischen 30 % und 75 %. Bei der Konferenz in Holzkirchen war außer der Zahlstelle Miesbach noch Tölz und der Bezirk Holzkirchen vertreten. Der Zweck dieser Konferenz war, ein einheitliches Agitationsprogramm aufzustellen. Der Vorsitzende, der zugleich Kartelldelegierter war, besuchte 4 Kartell- und 15 Funktionärsitzungen. Postausgänge waren 48 zu verzeichnen. Desgleichen mußte ein Rechtsstreit geführt werden am Arbeitsgericht Rosenheim mit 3 Terminen. Der Rechtsstreit umfaßte 2 Klagen. Eine weitere wurde zu unsern Gunsten entschieden, die andere abgewiesen. An 15 Durchreisende wurde Reiseunterstützung gewährt, und zwar im 1. Halbjahr pro Mann 1 M und im 2. Halbjahr 50 ₰. Das Arbeitsverhältnis innerhalb des Geschäftsjahres 1930 war schlecht. Ein großer Teil der Kameraden konnte überhaupt keine Arbeit finden. Erst im 2. Halbjahr trat eine Besserung ein, so daß der größte Teil der Kameraden beschäftigt war. Da die Konjunktur schlecht war, konnte das Agitationsprogramm nicht restlos durchgeführt werden. Es konnten 12 Neuaufnahmen gemacht werden, die aber den Mitgliederabgang nicht decken konnten. Um einen Ausgleich zu schaffen, muß im neuen Jahre jeder Kamerad alles daran setzen, um den Mitgliederstand wieder aufwärts zu bringen. Hierauf dankte der Vorsitzende allen Kameraden, die mitgearbeitet haben, besonders unserm Kameraden Gruber als Kassierer Hierauf vollzog sich die Neuwahl des Vorstandes.

Neugersdorf. Jahresbericht. Dem Jahresbericht, von dem jedes, in der Generalversammlung anwesende Mitglied ein Exemplar erhalten hat, sei folgendes entnommen: Insgesamt wurden 7 Versammlungen abgehalten, in 2 davon wurden Lichtbilder gezeigt. Der Besuch hat sich im Verhältnis zum Vorjahr etwas gehoben, läßt aber immer noch zu wünschen übrig. Bei dieser Gelegenheit sei an einen früheren Zahlstellenbeschluß, der jetzt noch Gültigkeit hat, erinnert, wonach Unterstützung aus der Lokalkasse nur an diejenigen Mitglieder gezahlt wird, die mindestens 3 Versammlungen jährlich besucht haben. Weiter fand noch eine Lohnkommissionssitzung statt, in der der gefällte Schiedsspruch einstimmig abgelehnt wurde. Der anläßlich des 25jährigen Bestehens gewählte Ausschuß erledigte die Vorarbeiten hierzu in 3 Sitzungen. Weiter machten sich noch 8 Vorstandssitzungen nötig. Die Jungkameraden kamen 14mal zusammen, um Modellierarbeiten, Lichtbildervorträge und Verbandsangelegenheiten zu behandeln. Der Besuch kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Lohn ist stabil geblieben, desgleichen die Löhne für Poliere und Lehrlinge. Bücherkontrollen wurden so leidlich durchgeführt, doch läßt auch hier manches noch zu wünschen übrig. Ein Familienausflug brachte den Teilnehmern einige gesellige Stunden. Einige Streitfälle mit den Unternehmern sind zugunsten unserer Kameraden entschieden worden. Am 11. Oktober feierte die Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen in Form eines geselligen Beisammenseins. Kamerad Klinke, Dresden, hielt, da der Gauleiter verhindert war, die Festrede. Dazu sei noch angeführt, daß die Anfänge des gewerkschaftlichen Zusammenschlußes bereits bis zum Jahre 1874 zurückgehen. Es ist von da an einige Male immer wieder versucht worden, die Zimmerer in einer Berufsorganisation zusammenzubringen, aber leider hatten diese Zusammenschlüsse immer nur kurze Zeit Bestand, bis endlich im Jahre 1905 unsere Zahlstelle endgültig gegründet wurde. Von den Gründern unserer Zahlstelle stehen noch 7 Kameraden aktiv in unsern Reihen; sie wurden von seiten des Zentralvorstandes und der Zahlstelle geehrt. Die Kassenverhältnisse haben sich, angesichts der trostlosen Wirtschaftslage, verbunden mit einer fast unglaublichen großen Arbeitslosigkeit, ungünstig entwickelt. Die Hoffnungen auf Besserung der Lage auf dem Baumarkt haben sich leider als trügerisch erwiesen. Insgesamt wurden 2488 (4742) Gesellenmarken und 639 (990) Lehrlingsmarken verkauft. Freimarken wurden 6598 (4089) Stück verausgabt, also 2509 Stück mehr als wie im Vorjahre, somit ergibt sich, daß von 184 arbeitsfähigen Mitgliedern 127 oder 69 % das ganze Jahr hindurch arbeitslos gewesen sind. An Unterstützungen auf Kosten der Hauptkasse wurden 6542,85 M (4925,20 M) ausgegeben, und zwar an 103 Kameraden für 2863 Tage 4603,35 M Arbeitslosenunterstützung und für 184 Tage 295,20 M Krankenunterstützung. An Sonderunterstützung zu Weihnachten konnten an 139 Kameraden 1224,30 M ausgezahlt werden. Wir benötigten demnach, um die hier genannten Unterstützungen auszahlen zu können, einen Zuschuß von 3126 M aus der Zentralkasse. Unser Lokalkassenbestand ist auch infolge der mißlichen Arbeitsverhältnisse stark zurückgegangen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß wir eine Schreibmaschine für 310 M, zu unserm 25jährigen Bestehen einen ansehnlichen Betrag bewilligt und weiter zu Weihnachten einige bedürftige Kameraden mit einem Betrage unterstützt haben, so daß die Lokalkasse am Jahresschlusse noch einen Bestand von 1272,94 M aufweisen konnte. Der Mitgliederbestand verringerte sich von 197 auf 192 Kameraden, davon waren 16 Lehrlinge. Am Schlusse des Berichts ist doch festzustellen, daß sich trotz der widerwärtigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte und der gespannten politischen Verhältnisse unsere Zahlstelle gut gehalten hat.

Niesky. (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 war, was den Umfang der Arbeitslosigkeit betrifft, ein Katastrophenjahr. Während wir im Jahresdurchschnitt 1929 45 % Arbeitslose in unserer Zahlstelle hatten, waren es 1930 70 %. Dementsprechend waren auch die Einnahmen aus den Beitragsmarken. Am Schluß des Jahres 1929 betrug der Lokalkassenbestand 2632,62 M, am Schluß des Berichtsjahres, abzüglich der der Jugend gehörigen 52 M, 2506,80 M. Das sind pro Mitglied 9,30 M. Aus lokalen Mitteln wurden 543 M und aus zentralen Mitteln einschließlich der Sonderunterstützung von 1133,40 M im ganzen 6550,10 M an Unterstützungen ausgezahlt. Die Verwaltungskosten fielen von 4 M im Jahre 1929 auf 2,75 M pro Mitglied im Berichtsjahre. Daher kann der Idealismus hauptsächlich der Einkassierer gar nicht genug gewürdigt werden. Im Berichtsjahre fanden zwölf Mitgliederversammlungen und zwei Vorstandssitzungen statt. Die Mitgliederzahl stieg von 271 auf 272 Kameraden. Im vergangenen Jahre konnte ein Kamerad auf eine 26jährige und zwei Kameraden auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Der Lohn fiel von 1,07 M auf 1,05 M plus 2 ₰ Werkzeuggeld. Der Schriftwechsel war ziemlich rege. Es waren ungefähr 130 Ein- und Ausgänge zu verzeichnen. Aus dem Bericht der Jugendbewegung war zu entnehmen, daß 35 Zusammenkünfte, davon 31 Modellierstunden, 3 Gesangstunden und ein Vortrag von der Jugendkonferenz stattfanden. Der Besuch der Veranstaltungen war als gut zu bezeichnen. Weiter wurde darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Jahr ein Gaujugendtag in Görlitz stattfindet, wozu eine rege Beteiligung erwünscht ist.

Nordhausen. (Jahresbericht.) Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahr die Bautätigkeit nicht so besonders rege war, so daß wir durchschnittlich 42 % arbeitslose Kameraden zu verzeichnen hatten. Streitfälle waren verhältnismäßig wenig zu verzeichnen. Dem Betriebsräte- und Delegiertenwesen muß von seiten der Kameraden mehr Beachtung geschenkt werden. Ebenso müssen die Kameraden den Jugendleiter unterstützen dadurch, daß sie die Lehrlinge für die Jugendabteilung interessieren, damit die Zahlstelle einen tatkräftigen Nachwuchs aufweisen kann. Im Kassengeschäftlichen gab der Kassierer seine Abrechnung bekannt; anschließend wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Es fanden im Berichtsjahre 9 Versammlungen und 9 Vorstandssitzungen statt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einige Veränderungen. Wenn auch das vergangene Jahr schlecht war, so schauen wir doch mit klarem Blick und frohem Mut der Zukunft entgegen.

Pillkallen. (Jahresbericht.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Meyer, erstattete den Jahresbericht und schilderte die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Im Berichtsjahre wurden 11 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen abgehalten. In einer Versammlung und zwei Vorstandssitzungen war der Gauleiter Kamerad Finsel anwesend. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Baukonjunktur eine schlechte war, daß viele Kameraden teils in der Landwirtschaft, teils in andern Betrieben Arbeit suchen mußten; trotzdem war es vielen Kameraden nicht möglich, die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung zu erreichen, so daß sie auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahmen für die Zentrale 1660,50 M, die Ausgaben 1073,10 M betrugen. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des Jahres 136,70 M. Kamerad Heß erstattete den Kartellbericht. Dem alten Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach, auch in diesem Jahre im Interesse des Verbandes und im Interesse der Kameraden zu arbeiten. Da weiter nichts Wichtiges vorlag, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer geschlossen.

Reichenbach i. Vogtl. Am 18. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Anwesend waren 56 Kameraden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde den verstorbenen Kameraden Forbriger und Fugmann die übliche Ehrung erwiesen. Der Vorsitzende erstattete darauf den Jahresbericht. Er schildert in längeren Ausführungen die Ereignisse im Gewerkschaftsleben des vergangenen Jahres. Die Arbeitsverhältnisse im hiesigen Zahlstellengebiet waren sehr schlecht. Eine Besserung wird wahrscheinlich auch im kommenden Jahr nicht eintreten. Es fanden 5 Vorstandssitzungen und 4 Versammlungen statt. Nach Verlesung des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Lokalkassenbestand beträgt 1654 M. Die Neuwahlen des Vorstandes brachten keine Veränderung. Trotz vieler Versuche ist es noch nicht gelungen, eine Jugendabteilung zu gründen. Weitere Schritte sollen in dieser Beziehung unternommen werden. Als Jugendleiter wird der Kamerad Alfred Kropfgans gewählt. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Sensburg in Ostpreußen. (Jahresbericht.) Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Kamerad Olschewski erstattete den Jahresbericht über das verflossene Jahr. Er führte aus, daß sich auch im Zahlstellengebiet die schlechte Arbeitsmarktlage deutlich bemerkbar machte. Von den 76 Mitgliedern unserer Zahlstelle war es nicht allen möglich, am Orte Arbeit zu erhalten. Im vergangenen Jahre wurden sieben Zahlstellenversammlungen abgehalten. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß trotz der ungünstigen Arbeitsmarktlage am Jahresschluß ein Lokalkassenbestand von 100,13 M zu verzeichnen war. Die Vorstandswahl wurde schnell erledigt, da der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden zur eifrigen Mitarbeit auf; denn jeder Kamerad hat die Pflicht, im Sinne des Verbandes zu wirken.

Straubing. (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung am 18. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken zweier Kameraden, die durch Tod infolge Unfall abgingen, in der üblichen Weise geehrt. Man trat dann in die Tagesordnung ein, wobei der Vorsitzende verschiedene Beschlüsse des Ortsausschusses bekanntgab. Darauf folgte der Jahres- und Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß ein Teil unserer Kameraden nicht in der Lage war, sich die Wartezeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung zu erwerben. Die Hälfte unserer Mitglieder war der Arbeitslosigkeit ausgesetzt; daran litt auch die Werbekraft für den Verband. Es ist dem Vertrauensmann vom Unterbezirk Geiselhöring gelungen, auch in Pfaffenberg einen neuen Unterbezirk erstehen zu lassen, dem 15 neue Mitglieder angehören. Ein Erfolg in dieser Zeit, der von uns hoch eingeschätzt wird. Unser Werbungsgebiet breitet sich immer mehr auf das flache Land aus, weil auch dort die Zimmerer sehen, daß unser Verband nur Gutes schafft. Auch die Wahlen vom 14. September wurden beleuchtet, um die nötigen Konsequenzen aus dieser Lehre für die Zukunft ziehen zu können. Streit mit Arbeitgebern in bezug auf Tariflohnzahlung war nicht notwendig. Nur beim Fabrikumbau in Neufahrn mußte etwas nachgeholfen werden. Besondere Genugtuung brachte für unsere ausgesteuerten Kameraden die Weihnachtsunterstützung seitens des Zentralvorstandes Die Gesamteinnahme der Zahlstelle im Jahre 1930 betrug 2489,91 M, die Gesamtausgabe 2185,71 M. Die Neuwahl brachte keine wesentliche Veränderung. Für uns Zimmerer gilt es, die nächsten Monate in bezug auf Agitation alles daran zu setzen. Der Tarifablauf bedingt volle Arbeit. Mit diesen Worten und mit einem Hoch auf den Zentralverband schloß der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Generalversammlung.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Erstattungspflicht der Berufsgenossenschaften gegenüber Krankenkassen

Auf Grund des § 1509 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung haben bekanntlich die Krankenkassen gegen die Träger der Unfallversicherung für Leistungen, die zu deren Lasten gehen, einen Ersatzanspruch. Dieses ist besonders dann der Fall, wenn von den Krankenkassen an die Unfallverletzten von Beginn der neunten Woche nach dem Betriebsunfall an Krankenkassenleistungen weiter gewährt werden. Als Aufwendungen für diese sogenannten „wiederkehrenden Leistungen" sind nach § 1507 der Reichsversicherungsordnung die Krankengelderaufwendungen anzusehen. Ferner muß gemäß § 558 Ziffer 3 der Reichsversicherungsordnung bei Unfallverletzungen für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit an die Verletzten Krankengeld gewährt werden. Hiernach würden also die Rechte und Pflichten gegenüber den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften als völlig geklärt anzusehen sein. Leider ist aber dem nicht so, sofern die Berufsgenossenschaften gegenüber den Krankenkassen mit der „Einwendung" kommen — was alltäglich zu konstatieren ist —, daß die Betriebsunfallfolgen des erkrankten Verletzten zum Beispiel nicht über die achte Krankheitswoche gedauert haben, sondern andere Krankheitsursachen, wie Tuberkulose, Rheumatismus usw., die weitere Erkrankung und Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt respektive verursacht hätten. Sofern nun noch die ärztlichen Gutachten hierin versagen, also „schwankend" laufen, ist der Streit über die Erstellungspflicht der Berufsgenossenschaften gegenüber den zuständigen Krankenkassen gegeben. Nicht genug damit, sondern hierin schließen sich dann oft die Prozesse der Unfallverletzten gegen die Berufsgenossenschaften zwecks Anerkennung der Unfallfolgen, wobei dann die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften meistenteils nicht zugunsten der Unfallverletzten gutachtlich wirken usw.

Einen Streitfall vorstehender Art hatte erst kürzlich wieder das Versicherungsamt in Br. zu entscheiden, in dem von der Berufsgenossenschaft der zuständigen Ortskrankenkasse die Krankengelderstattung für einen im Betriebe verunglückten und über acht Wochen erkrankten und arbeitsunfähigen Arbeiter S. abgelehnt wurde. Trotzdem diesem Verletzten die erste, zweite und ein Teil der dritten Zehe des rechten Fußes abgequetscht worden waren und er sogar anfangs im Krankenhause behandelt werden mußte, lehnte sie vom Beginn der neunten Woche an den Erstattungsanspruch gegenüber der Krankenkasse ab, weil der Verletzte außerdem an einer leichten Zuckerkrankheit, Mittelfußtuberkulose sowie an einer Arteriosklerose mit erhöhtem Blutdruck gelitten hätte. Die Berufsgenossenschaft berücksichtigte also absolut nicht die Schwere des Betriebsunfalls, die selbst ein Laie erkennen muß und bei der eine Arbeitsfähigkeit innerhalb acht Wochen praktisch doch nicht möglich gewesen ist infolge der drei Wunden und deren Empfindlichkeit am rechten Fuß (Stiefeltragen, leichtempfindliche Wunden beim Gehen, Zehenstümpfe usw.). Aber hier wurde zur Ablehnungsbegründung des Krankengelderstattungsanspruchs die nebensächliche leichte Zuckerkrankheit usw. herangezogen. Die zuständige Krankenkasse erkannte selbstverständlich diese Ablehnungsbegründung nicht an, sondern rief das Versicherungsamt in Br. zur Entscheidung an, was nach Prüfung der Sach- und Rechtslage auch zugunsten der Krankenkasse entschied. Es wurde sogar ärztlicherseits festgestellt, daß die ganze Narbengegend stark druckempfindlich, blaurot gefärbt, der Mittelfuß geschwollen und der Gang schwerfällig und nur mit zwei Stäben möglich war. Auch die behauptete Mittelfußtuberkulose konnte ärztlicherseits nicht festgestellt werden, wurde vielmehr von einem ärztlichen Sachverständigen hier sogar verneint. Hinzu kommt noch, daß dieser Verletzte seit 1895 (= 35 Jahre) als Mitglied dieser Krankenkasse an den vorerwähnten Nebenerkrankungen niemals arbeitsunfähig erkrankt gewesen ist.

Trotzdem nun die Ersatzanspruchsentscheidung zugunsten der Krankenkasse hier in diesem Falle entschieden worden ist, ist es dennoch nicht ausgeschlossen, daß die Berufsgenossenschaft dem Unfallverletzten später einen ablehnenden Bescheid in der Unfallrentensache erteilt. Paßt hierbei der Unfallverletzte dann nicht auf (Einspruchsfrist, Heranziehung der Versicherungsamtsentscheidung betreffend Erstattungsanerkennung usw.), so kann er wegen der erwähnten Nebenerkrankungen — angeblich Zuckerkrankheit, Mittelfußtuberkulose usw. — noch seiner rechtmäßigen Unfallrente verlustig gehen. Insofern dürfte dieser Streitfall auch für die organisierte Arbeitnehmerschaft von größerem Interesse sein und für zuständige Fälle beachtet werden. R. V.

Arbeitsrechtliches

Ausgleichsquittung

Die große Arbeitslosigkeit benutzt mancher Unternehmer, um die Löhne zu drücken. Dabei bedient man sich verschiedener Mittel, um der eventuellen Einklagung der Differenz zwischen dem wirklich bezahlten und dem Tariflohn durch den Arbeitnehmer vorzubeugen. Im „Zimmerer" Nummer 28, Jahrgang 1930, haben wir auf die Bedeutung der Ausgleichsquittung, Reverse, Schlußscheine usw. schon eingehend hingewiesen. Das Reichsarbeitsgericht hat in mehreren Entscheidungen zur Frage der Ausgleichquittung Stellung genommen und die Abdingung der Ansprüche aus dem Tarifvertrag durch Ausgleichsquittungen nicht ohne weiteres verneint. In allen Fällen hat es angenommen, daß, wenn ein negatives Schuldanerkenntnis vorliegt, wie es durch die Ausgleichsquittung in der Regel vorkommt und daraus ein Verzichtwille zu erblicken ist, die Frage der Auslegung hierüber der rechtsgeschäftlichen Willenserklärung und des Vertragswillens nur von Fall zu Fall geklärt werden kann. Von der Klägerpartei wurde fast immer eingewendet, den Schlußschein nicht gelesen zu haben. Bei diesen Einwendungen entscheiden die Gerichte übereinstimmend, daß eine Anfechtung wegen Irrtums (das Unterschriebene nicht gelesen zu haben), nicht erfolgen kann. Somit bleibt, um eine erfolgversprechende Anfechtung betreiben zu können, durch Berücksichtigung der näheren Umstände der wirkliche Wille zu erforschen. Das gilt für alle unterschriebenen Bescheinigungen, gleichgültig, ob es sich um Verstöße gegen die Unabdingbarkeit oder um sonstige Quittungen für erhaltene Beträge handelt.

In nachstehendem Fall versuchte der Unternehmer, ebenfalls sich durch eine Ausgleichsquittung vor irgendwelchen nachträglichen Lohnforderungen der Kameraden zu schützen. Trotzdem die unterschriebene Bescheinigung für die geforderte Nachzahlung war, erkannte das Gericht auf Verurteilung des Unternehmers für den noch bestehenden Differenzbetrag.

Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde. Der Kläger war bei der Beklagten beim Brückenbau als Zimmerer beschäftigt. Er erhielt zunächst eine Vergütung von 75 ₰ die Stunde, vom 14. November an wurde eine Nachzahlung von 25 ₰ für die Stunde geleistet, die durch untenstehende Bescheinigung quittiert wurde. In der Zeit vom Arbeitsbeginn bis zum 28. Oktober, in der 75 ₰ gezahlt wurde, kommt 88mal der Differenzbetrag in Frage, in der Zeit vom 14. November an bis zur Entlassung 218mal. Dies alles wurde bei der Verhandlung festgestellt und auch von den Parteien als unstreitig anerkannt. Der Kläger beansprucht den Tariflohn für Zimmerer von 1,08 ℳ nebst Werkzeugentschädigung von 2 ₰. Der Beklagte beantragte, die Klage abzuweisen und weist darauf hin, daß der Kläger als Notstandsarbeiter beschäftigt gewesen sei. Weiter versuchte der Beklagte seinen Abweisungsantrag damit zu begründen, daß er eine von fünf Arbeitern, darunter auch der Kläger, unterzeichnete Bescheinigung dem Gericht vorlegt. In der Bescheinigung heißt es:

„Wir haben von der Firma bis zum 17. Dezember 1930 die von uns geforderte Nachzahlung erhalten und erklären hiermit, keinerlei Lohnforderungen mehr an die Firma zu stellen."

Zunächst mußte festgestellt werden, daß der Kläger nicht als Notstandsarbeiter galt, sondern als freier Arbeiter. Daraus ergibt sich unstreitig, daß für die Entlohnung der Lohn, der für das Gebiet in Frage kommt auf Grund des Reichs- und Bezirkstarifvertrages zu zahlen sei. Das Schwerwiegende in dem Fall war natürlich obenstehende Ausgleichsquittung. Die Parteien hatten zur Sache streitig verhandelt, und unser Organisationsvertreter versuchte den Nachweis zu erbringen, daß der wirkliche Wille bei der Unterzeichnung nur für den erhaltenen Betrag gewertet werden kann.

Das Gericht erkannte auch auf Verurteilung des Unternehmers, an den Kläger die geforderte Lohnsumme zu zahlen, sowie die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

In den Entscheidungsgründen wird eingangs die Schlüssigkeit der Klage gemäß § 611 BGB. in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der Tarifvertragsverordnung anerkannt. Weiter war für die Lohnhöhe als Unterlage der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag für das Baugewerbe im Zusammenhang mit dem gleichfalls für allgemeinverbindlich erklärten Bezirkslohntarifvertrag — mag er nun als Notstandsarbeiter oder als freier Arbeiter tätig gewesen sein (vergleiche RAG. Bensheimer Sammlung, Band 7, Seite 38) — angenommen worden. Betreffs der Ausgleichsquittung wurde von dem Gericht unter Anwendung der §§ 133 und 157 BGB. eingehend geprüft und der wirkliche Wille zu erforschen versucht. Es durfte deshalb nicht an dem Wortlaut der Erklärung gehaftet werden, vielmehr wurde der wahre Wille der unterzeichneten Erklärung festgestellt. Der Beklagte konnte auch nicht bestreiten, daß die Nachzahlung, über die der Kläger quittert habe, über mehr als auf die nachträgliche Bewilligung von 25 ₰ für die Stunde lautete. Danach erschien aber die Darlegung des Klägers, daß er ebenso wie seine Arbeitskollegen lediglich bescheinigen wollte, aus dieser Bewilligung keinerlei Ansprüche mehr zu haben, durchaus einleuchtend. Der dem Beklagten obliegende Nachweis, daß die Erklärung dieser Ausgleichsquittung hinsichtlich des gesamten Lohnes darstellen sollte, ist deshalb als nicht geführt anzusehen.

Der Klage mußte deshalb stattgegeben werden. Aber auch dieser Fall reicht sehr scharf an die Grenze dessen heran, wo der Erfolg für solche Klagen sehr leicht versagt werden kann. Bei Quittungen obengenannter Art könnte man sehr leicht zu der Ansicht neigen, daß damit der Verzicht auf eventuelle Nachforderungen als gegeben erscheint. Hier kommt uns § 133 BGB. sehr zustatten, wenn er vorschreibt, daß bei der Auslegung einer Willenserklärung der wirkliche Wille zu erforschen ist und nicht an dem buchstäblichen Sinn des Ausdrucks gehaftet werden soll. Den Zweifelsfällen in der Frage der Ausgleichsquittung geht man am besten dadurch aus dem Wege, wenn man bei Vorlegen solcher Bescheinigungen fordert, daß es sich dabei nur um eine Bescheinigung des empfangenen Betrages handeln kann. Deshalb ist bei vorgelegten Quittungen, wie sie in dem zitierten Fall vorkommen, die größte Vorsicht am Platze.

Politische Wochenschau

Aus dem Reichstag — Die Wahlreform vom Reichsrat verabschiedet — Nochmals Remarquefilm — Zwei Drittel der Etatsberatungen erledigt — In Hamburg bleibt der 1. Mai gesetzlicher Feiertag — Naziflucht aus dem Sachsenparlament.

Die Mehrheit des Reichstages hat sich durch die Flucht der Nazis, der Deutschnationalen und der Landvolkbündler nicht von ihrer Pflicht abbringen lassen, durch die Etatsberatung weiterhin positive Arbeit zu leisten. Der Reichsverkehrsminister hat bei Beratung seines Etats, unterstützt von allen Parteien des Hauses, scharfe Kritik geübt an dem Monopolvertrag, den die Reichsbahnverwaltung ohne Wissen der Reichsregierung mit dem internationalen Schenker-Konzern abgeschlossen hat. Nach Beendigung der Aussprache wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums in zweiter Lesung angenommen. Angenommen wurde ferner eine sozialdemokratische Entschließung, die die Einführung von verbilligten Fünftagearbeitwochenkarten auf der Reichsbahn verlangt. Zum Schenker-Vertrag wird ein Zentrumsantrag angenommen, der eine Prüfung der Rechtslage verlangt. Alle übrigen gegen den Schenker-Vertrag gerichteten Anträge und Entschließungen wurden dem Verkehrsausschuß überwiesen. Angenommen wurde weiter eine Entschließung, die die kostenfreie Beförderung aller Schwerkriegs- und Schwerunfallbeschädigten in der Polsterklasse verlangt. Annahme fand ein sozialdemokratischer Antrag, der Auskunft über die Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn fordert, ebenso ein christlich-sozialer Antrag, der die Gleichstellung dieser Gehälter mit denen der entsprechenden Reichsbeamten fordert. Reichsverkehrsminister Guérard erklärte, sich der Forderung anzuschließen, daß über die Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn auch der Oeffentlichkeit gegenüber Auskunft zu geben sei. Der Reichstag nahm auch noch die Abstimmung über die Pressegesetznovelle vor, durch die verboten wird, daß immune Abgeordnete als verantwortliche Redakteure zeichnen. Die Novelle wurde in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

*

Nach langwierigen Beratungen hat der Reichsrat die Vorlage des Reichsinnenministeriums für eine Wahlreform mit 56 : 10 Stimmen angenommen. Die wichtigsten Neuerungen sind die Erhöhung des Wahlquotienten von 60 000 auf 75 000 Stimmen, die Vermehrung der Wahlkreise von 35 auf 162 und die Beseitigung der Reichslisten.

*

Bei der Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums kam es verschiedene Male zu Vorstößen der Linksparteien wegen Zulassung des Remarque-Films. Dr. Wirth vertrat den Standpunkt, daß der Film im Interesse der Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit verboten bleiben soll. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Verbotes des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues" verlangt, oder falls dies abgelehnt wird, die Aufforderung an die Regierung ausspricht, auf die Aufhebung des Verbotes hinzuwirken. In parlamentarischen Kreisen sieht man der Abstimmung über diesen Antrag, die nach Beendigung der Debatte über den Etat des Innenministeriums erfolgen dürfte, mit Spannung entgegen, da bei dem Fehlen der Rechtsopposition im Ausschuß die Möglichkeit besteht, daß sich für den Antrag eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit findet.

*

Die Arbeiten des Haushaltsausschusses des Reichstages sind jetzt so weit fortgeschritten, daß etwa zwei Drittel der Etatsberatungen erledigt sind. Nach dem Innenministerium soll der Etat des Reichstages zur Beratung kommen. Daran schließt sich der Haushalt des Auswärtigen Amtes. Ende dieser Woche geht der Ausschuß dann zur Beratung des Wehretats über. Weitere unerledigte Etats sind dann noch die Haushalte des Arbeitsministeriums, der Reichspost und der allgemeinen Finanzverwaltung. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausschuß seine Arbeiten in der zweiten Märzwoche zum Abschluß bringen kann.

*

Die Hamburger Bürgerschaft mußte sich mit einem Antrag der vereinigten Rechtsparteien auf Aufhebung des Gesetzes, das den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erhob, beschäftigen. Präsident Leuteritz (SD.) rechnete mit den Antragstellern ganz gehörig ab und betonte, daß die Idee des 1. Mai heute aktueller sei als in keiner Zeit zuvor. Bei dem Antrag handelte es sich nicht um wirtschaftliche Gründe, sondern um den Kampf gegen die Idee. Für die Sozialdemokratie gibt es in dieser Frage kein Zurück, sondern einen fortwährenden Kampf, um überall den 1. Mai als Feiertag der Arbeiterschaft durchzuführen. Der reaktionäre Antrag wird mit 92 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Linken mit stürmischem Beifall aufgenommen.

*

Der Führer der Nationalsozialisten für Ostsachsen erklärte dieser Tage auf einer Bezirkstagung der Nationalsozialistischen Partei, daß mit dem Auszug der Nazis aus dem Reichstag eine neue Periode der Nazibewegung eingeleitet worden sei. Im sächsischen Landtag werde sich demnächst der gleiche Vorgang abspielen wie im Reichstag. Dagegen ist bestimmt nichts einzuwenden. Der sächsische Landtag ist dann mehr in der Lage, ersprießliche Arbeit im Interesse des Volkes zu leisten. Diesen Nazibanditen wird niemand eine Träne nachweinen.

Briefkasten der Redaktion

Wiesbaden 2. Die Streichung im § 253 Absatz 2 RVO. erfolgte auf Grund der Notverordnung und wurde durch folgendes ersetzt: „oder wenn die beteiligten Arbeitgeber und volljährigen Arbeitnehmer nicht zugestimmt haben". Auch im § 251 Absatz 2 ist „der Gesellenausschuß" ebenfalls gestrichen. Die in § 245 angegebene Zahl der Versicherungspflichtigen gilt nach wie vor.

Münster, L. Z. Der Grad der Verwandschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten. Personen, deren eine von der andern abstammt, sind in gerader Linie verwandt. In dem von Dir angegebenen Fall (Vettern) besteht eine Verwandtschaft in der Seitenlinie im zweiten Grade.

Literarisches

Her vor die Kamera! So nennt Max Dortu sein Kampfgedicht in der Zeitschrift des Arbeiter-Lichtbild-Bundes, „Das Neue Bild", dessen Februarheft eine weitere Steigerung der bisher schon beachtlichen Leistungen zeigt. Das soziale Bild, die soziale Bild- und Filmreportage stehen wieder im Mittelpunkte ausgezeichneter Beiträge, die durch nicht weniger als 30 meist hervorragende Bilder wirksam illustriert werden. „Das Neue Bild" fällt auch durch die gute Herstellung auf bestem Kunstdruckpapier wie durch eine neuartige Anordnung angenehm auf. Es ist wirklich eine Freude, die schönste Zeitschrift im Dienste der Arbeiterbewegung zu sehen. Sie kann für nur 40 ₰ monatlich bei jeder Volksbuchhandlung, Postanstalt oder beim Verlage, Berlin S 42, bestellt werden.

Sozialdemokratische Lehr- und Lesebücher Nr. 1: Die sozialdemokratische Wahlpolitik. Nach Friedrich Engels. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Kampffmeyer. 1931. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H., Berlin. Preis 30 ₰. — Die jetzt herausgegebene Einleitung von Friedrich Engels ist die erste, ungekürzte Ausgabe dieser Einleitung; ihr liegen die Korrekturbogen von Engels zugrunde. Eingeleitet ist sie mit einer populären Darlegung der historischen Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Staatsproblem.

Dr. Fritz Gerathewohl: **Erfolgreiche Lebensführung, Betrachtung und Anleitung.** Berlin 1930. 1. bis 10. Tausend. Verlag: Zentralverband der Angestellten (O. Urban), Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41. 92 Seiten. Buchhandelspreis 2,40 ℳ. — Dr. Fritz Gerathewohl, Lektor an der Universität München, nimmt in dieser Schrift Stellung zur Selbsterziehung des tätigen Menschen und der Kunst der Menschenbehandlung. Die Schrift ist gleichzeitig eine Einführung in die Ergebnisse der modernen Seelenkunde. Durch ihre sachliche Einstellung und durch die starke Betonung der Werte des Gemeinschaftslebens und der Bildungsarbeit besitzt die Schrift starke sittliche Werte. Frisch und klar geschrieben, mit zahlreichen praktischen Beispielen und brauchbaren Anleitungen ausgestattet, wie dieses Buch ist, wird der Leser aus ihm für seine Lebensführung reiche Anregung schöpfen können.

Sterbetafel.

Berlin. Am 19. Februar starb im Alter von 81 Jahren der invalide Kamerad **Adolf Matuszewski** an Grippe.

Frankfurt am Main. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Eduard Hartherz** im Alter von 43 Jahren an Lungentuberkulose.

Hamburg. Am 20. Februar starb unser Kamerad **Matthias Ohrt** im Alter von 81 Jahren an Krebs.

Hannover. Am 14. Februar starb unser Kamerad **Heinrich Pfortmüller** im Alter von 75 Jahren an Altersschwäche.

Heilbronn. Am 12. Februar starb unser Kamerad **Christian Tränkle** im Alter von 57 Jahren an Herzschlag.

Leipzig. Am 17. Februar starb unser Kamerad **Moritz Fleck** im Alter von 71 Jahren an Altersschwäche.

Mannheim. Am 13. Februar verunglückte tödlich beim Rodeln unser Kamerad **Philipp Eifler** im Alter von 24 Jahren.

Neumünster. Am 10. Februar starb unser Kamerad **Johannes König** im Alter von 52 Jahren an Herzleiden.

Penzlin. Am 8. Februar verunglückte tödlich unser Kamerad **Rudi Böttcher** im Alter von 23 Jahren durch Sturz mit Motorrad.

Rötha. Am 14. September 1930 starb unser Kamerad **Franz Jähnert** im Alter von 73 Jahren an Magenkrebs. — Am 27. Dezember 1930 starb unser Kamerad **Theodor Kröber** im Alter von 74 Jahren an Altersschwäche.

Tübingen. Am 26. Januar starb unser Kamerad **Johann Schäuble** im Alter von 31 Jahren an Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verleger: Wilhelm Wolgast. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Sauer. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.